



IZ 32 – Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE)

# Extremismusprävention in Deutschland – Herausforderungen und Optimierungspotential

Modulabschlussbericht



Saskia Lützing  
Florian Gruber

Stand: 28. April 2017



Eine Auswertung im Rahmen des BKA-Forschungsprojekts

*Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PüG)*

### **Projektidee**

Dr. Uwe E. Kemmesies

### **Projektleitung**

Dipl. Päd. Saskia Lützing

Dipl. Verww. (FH) Florian Gruber

unter Mitarbeit von Valerie Hombach und Amira Niemeyer

### **Kontakt**

Bundeskriminalamt  
IZ32 – Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE)  
65173 Wiesbaden

IZ32@bka.bund.de

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>4</b>
<b>2</b>	<b>Die Befragung</b> .....	<b>5</b>
<b>3</b>	<b>Prävention heute – Einblicke in die Praxis</b> .....	<b>8</b>
3.1	Radikalisierung.....	11
3.2	Bedeutung des sozialen Umfelds .....	13
3.3	Experten- und Multiplikatorenschulungen .....	16
3.4	Evaluationen.....	18
3.5	Linksextremismusprävention – Bedarf und Angebot .....	20
<b>4</b>	<b>Optimierungspotential – Impulse aus der Praxis</b> .....	<b>23</b>
<b>5</b>	<b>Prävention der Zukunft</b> .....	<b>27</b>

## Literaturverzeichnis

**Anhang A** – Erhebungsinstrumente

**Anhang B** – Codeplan MAXqda

# 1 Einleitung

Die hier vorliegende Expertenbefragung, welche im Sommer 2016 durchgeführt wurde, bildet das letzte Glied einer Kette kleinerer Projektbausteine (Module), die im Rahmen eines komplexeren Forschungsprojekts zur Einschätzung von Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend, das heißt allgemein Extremismus adressierenden Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität, umgesetzt wurden.

Ergänzend zu einer systematischen Aufbereitung aktueller Forschungsbefunde (Modul II), einer recht umfänglichen Erhebung und Beschreibung der Präventionslandschaft (Modul III) sowie begleitenden Expertenworkshops auf Führungsebene, soll es nun darum gehen, die bisher gewonnen Erkenntnisse im Spiegel der Präventionspraxis zu reflektieren und durch die Brille erfahrender Praktiker zu betrachten, deren Kerngeschäft die Arbeit mit radikalisierten Personen ist.

Im Ergebnis soll ein dann abgerundetes Bild dessen stehen, wie Extremismusprävention sich heutzutage gestaltet, und erste Impulse aus der Praxis transportiert werden, welches Entwicklungs- und Optimierungspotential sich hierin verbirgt.

Für die freundliche und ambitionierte Unterstützung unserer Befragung möchten wir allen teilnehmenden Einrichtungen und Mitarbeitern an dieser Stelle unseren ausdrücklichen Dank aussprechen. Die Bereitschaft zur Durchführung der zum Teil mehrstündigen Interviews und die Offenheit mit der diese geführt wurden, wissen wir sehr zu schätzen.

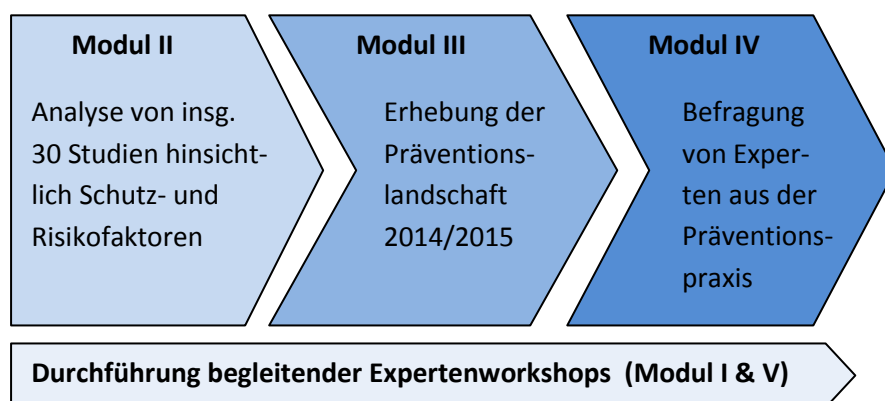


Abb. 1: Modularer Aufbau des PüG-Projekts

## 2 Die Befragung

### Schritt 1 – Interview

Zur Durchführung der Befragung wurde die Erhebung mittels eines weitgehend strukturierten, problemzentrierten Interviews nach Witzel (1982) gewählt, welches dem in Anhang A angefügten, speziell für das Projekt entwickelten Leitfaden folgte. Ziel war es, vorhandenes, wissenschaftlich bereits aufgearbeitetes Wissen gezielt und konkret aus Sicht der Praxis zu thematisieren und zu reflektieren. Neben Sondierungs- und Leitfadenfragen war so auch die Einbindung von Ad Hoc-Fragen problemlos möglich und das direkte, jeweils themenbezogene Einbringen eigener Erfahrungen und Gedanken durch die Experten gewährleistet. Außerdem erhielten die Experten einen kurzen Einschätzungsbogen (Anhang A), der zum Einstieg in die Thematik genutzt wurde und mit dem die Arbeitsschwerpunkte und die je typische Klientel der einzelnen Stellen eingeschätzt werden sollte.

Die Interviews wiesen eine Dauer zwischen 90 und 200 Minuten auf und wurden von den beiden Projektleitern zusammen mit einem Mitarbeiter der jeweiligen Praxisstelle geführt. In einem Fall standen zwei Ansprechpartner zur Verfügung. In der Mehrzahl der Fälle wurde das Interviewerteam durch eine studentische Hilfskraft als Protokollantin unterstützt.

### Schritt 2 – Auswahl der Experten

Als Grundlage der auszuwählenden Experten dienten die im vorherigen Modul erhobenen 721 Extremismuspräventionsprojekte, die 2014/2015 in Deutschland in der Durchführung waren<sup>1</sup>. Hiervon wurden in einem ersten Schritt all jene ausgewählt, die sich

- im Bereich von selektiver und indizierter Prävention<sup>2</sup> bewegten,
  - nicht allein auf institutionelle Vernetzung konzentrierten
- und

---

<sup>1</sup> Als „in Durchführung befindlich“ wurden Projekte erfasst, die zwischen dem 1. Januar 2014 und dem 31. Mai 2015 mindestens einen Tag in der Durchführung waren. Dem entsprechend beinhaltet die Untersuchung sowohl Projekte, die zeitnah beendet wurden, als auch solche, die über das Jahr 2015 hinaus in der Durchführung befindlich oder unter anderer Förderung weitergeführt wurden.

<sup>2</sup> Hinsichtlich ihrer Zielsetzung lassen sich präventive Bemühungen allgemein in drei zielgruppenspezifische, konzeptionelle Ansätze unterteilen (vgl. Meier, 2010, §10 Rn. 17): Während sich universelle Prävention an die Gesamtbevölkerung wendet und insgesamt den stärksten Bezug zur Resilienzförderung aufweist, setzen selektive und indizierte Prävention sehr viel stärker an Risikofaktoren an. Selektive Prävention adressiert vornehmlich Personen, die ein Risikopotential für die Entwicklung bestimmter Auffälligkeiten aufweisen und verfolgt das Ziel, Risikoverhalten sowie risikobehaftete situative Bedingungen einzudämmen. Indizierte Prävention setzt dort an, wo problematisches Verhalten bereits in Erscheinung tritt.

- konkret auf Aktionsebene verorten ließen, das heißt *im Direktkontakt mit Radikalisier-ten* arbeiteten (keine Flyer, Info-Webseiten oder Multiplikatoren-schulungen usw.).

Nach Anwendung dieser Filterkriterien blieben 62 Projekte, die sich auf insgesamt 46 Anbieter verteilten. Von diesen wurden elf ausgewählt, die hinsichtlich Präventionsschwerpunkt, Trägerschaft, geografischer Lage<sup>3</sup> und Reichweite möglichst heterogen zusammengesetzt waren. Eine Realisierung von Interviews war jedoch nur mit neun der angefragten Experten möglich. In einem Fall wurde die Teilnahme seitens des angefragten Projekts ohne weitere Begründung abgelehnt, in einem weiteren führte die verspätete Rückmeldung dazu, dass die Durchführung eines Interviews aus organisatorischen Gründen leider nicht mehr möglich war.

Experte	Präventions-schwerpunkt	Trägerschaft	Reichweite
#001	Islamismus	zivilgesellschaftlich	überregional
#002	Islamismus	zivilgesellschaftlich	regional
#003	Islamismus	staatlich	überregional
#004	Rechtsextremismus	zivilgesellschaftlich	regional
#005	Linksextremismus	staatlich	überregional
#006	Islamismus	staatlich	regional
#007	Rechtsextremismus	zivilgesellschaftlich	regional
#008	Islamismus	zivilgesellschaftlich	regional
#009	Rechtsextremismus	staatlich	überregional

**Abb. 2:** Übersicht der Interviewpartner

Oben stehende Abbildung (Abb. 2) veranschaulicht noch einmal die bewusst heterogene Auswahl der befragten Experten, welche sich zu nahezu gleichen Anteilen auf private und öffentliche Träger verteilte und auch hinsichtlich ihrer Reichweite unterschiedliche Profile aufwiesen. Die Befragten deckten darüber ein breites Spektrum an interdisziplinärem Fachwissen ab. Von Telefonberatung/-vermittlung über kreative Gruppenangebote bis hin zu intensiver persönlicher Einzelbegleitung im Rahmen von Szeneausstiegen erstreckte sich das breite Angebot. Auf Grund des insgesamt übersichtlichen Feldes an Akteuren im Bereich der

<sup>3</sup> Insgesamt wurden Experten aus sieben Bundesländern befragt: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen.

Extremismusprävention wurden alle Interviews unter der Zusicherung von Anonymität geführt. Bestimmte Informationen (z. B. Ausbildungshintergrund der Experten) oder im Bericht getroffene Aussagen können daher nur bedingt transparent gemacht werden. Die im Bericht zitierten Aussagen wurden mit den ExpertInnen zurückgespiegelt und von diesen autorisiert – hierbei wurde deutlich, dass sich die Befragungsteilnehmer mit den Aussagen im Bericht gut identifizieren konnten.

### **Schritt 3 – Planung und Durchführung der Befragung**

Nach schriftlicher Kontaktaufnahme und Erläuterung des Vorhabens wurden die ausgewählten Experten telefonisch kontaktiert und nach ihrer Einwilligung zur Teilnahme gemeinsam ein Termin vereinbart. Im Zeitraum zwischen August und September 2016 wurden die Interviews vor Ort bei den Befragungsteilnehmern durchgeführt, wofür das Interviewteam der *Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus /Extremismus (FTE)* anreiste. In den Fällen, in denen die Interviewteilnehmer zustimmten, wurde das Gespräch elektronisch aufgezeichnet und im Anschluss anonymisiert verschriftlicht. In einem Fall wurde auf Wunsch ausschließlich protokolliert. Die inhaltsanalytische Auswertung der Interviews erfolgte mittels MAXqda entlang der im Leitfaden vorgegebenen Themen (vgl. Anhang B). Es wurden darüber hinaus von den Experten aufgeworfene, neue Aspekte offen mit codiert.

Obleich die Befragungsteilnehmer im Befragungszeitraum in ihrer Präventionsarbeit stark gefragt waren und die Einrichtungen personell augenscheinlich unterbesetzt waren, nahmen sich die Interviewpartner viel Zeit für unser Anliegen. Von SozialarbeiterInnen über IslamwissenschaftlerInnen, Verwaltungsangestellten, einem Imam bis hin zu einem Polizeivollzugsbeamten war von relativ jungen MitarbeiterInnen bis hin zu den gemäß Selbsteinschätzung „ältesten Hasen“ der Prävention ein heterogenes Feld von Praktikern vertreten – eins einte jedoch alle: Wir sind ausnahmslos auf Menschen getroffen, die über breites Wissen verfügten, auf einen großen Erfahrungsschatz zurückblicken konnten und eine große Leidenschaft für ihre Tätigkeit mitbrachten.

Nicht immer war es leicht, die entsprechenden Einrichtungen direkt zu finden. Oft versteckten sie sich hinter simplen Bezeichnungen wie „Beratungsstelle“ oder – in einigen Fällen – relativ unscheinbaren Trägern (z. B. allgemeinen Jugendhilfeträgern). Vom innovativen Hinterhofbüro bis hin zum modernen Bürokomplex war alles vertreten.

### 3 Prävention heute – Einblicke in die Praxis

Zu Beginn unserer Befragung starteten wir mit zwei Kernaussagen, denen im Rahmen der Extremismusprävention immer wieder begegnet wird und die aus heutiger Sicht klar als Mythos deklariert werden können. Zum einen handelt es sich hierbei um die Aussage, Extremismusprävention habe wenig Aussicht auf Erfolg, wenn sie bei staatlichen Stellen angebunden sei, zum anderen um die Überzeugung, erfolgreiche Islamismusprävention könne ausschließlich von Personen mit muslimischem Migrationshintergrund umgesetzt werden. Im Rahmen unserer Befragung stießen wir auf zahlreiche empirische Belege, dass sich der **Erfolg selektiver und indizierter Prävention** weder an Hand der Trägerschaft, noch der kulturellen/religiösen Herkunft ihrer Mitarbeiter bemisst, sondern vor allem dann gut funktioniert, wenn ein möglichst breit aufgestelltes Portfolio an Maßnahmen vorgehalten und vielfältige Identifikationsmöglichkeiten mit unterschiedlichen Personentypen ermöglicht wird. So ist dem einen Klienten wichtig, möglichst nicht mit dem Staat in Berührung zu kommen, wohingegen sich andere die Sicherheit und den Schutz von Polizei oder anderen staatlichen Einrichtungen wünschen. So ist der eine bereit, seine Tür freiwillig zu öffnen, im anderen Fall dient die Polizeidienstmarke als Türöffner für ein Gespräch.

„Dann gehen wir hin und klopfen. “Tag, Polizei.“ Da passiert das schon mal in Ausnahmefällen, dass die uns die Tür vor der Nase zuschlagen. Aber da sind wir hartnäckig, dann kommen wir ein zweites Mal. Und irgendwann kommen wir rein, wir kommen überall rein. Rein heißt, wir kommen mit allen ins Gespräch, die lassen uns immer irgendwann rein.“ (EXP006)

Different gestalten sich die **Wünsche an eine Beratungssituation** – wo sich der eine Klient ein Gegenüber mit ähnlichem Herkunftsprofil wünscht, sucht der andere gezielt nach einem Gegensatz. Wie in anderen Arbeitskontexten auch begründet sich eine erfolgreiche Tätigkeit in der Prävention nicht zuletzt auch auf Kompetenzen, die nur im Zusammenhang mit der Tätigkeit selbst erworben werden können. Persönliche Attribute wie der Ausbildungs-/Berufshintergrund scheinen hier weniger die Tätigkeit als Praktiker zu prägen, als vielmehr die Arbeitspraxis selbst das Rüstzeug zu bieten, im Feld zum Experten zu werden.

„Früher war halt immer: Man braucht mehr Kollegen mit Migrationshintergrund. Ich meine, ja, wir brauchen die hier [*gemeint ist der Arbeitgeber*, Anm. d. Autoren], da brauchen wir das, das ist gar keine Frage. Aber brauche ich die tatsächlich hier bei uns in der Prävention [*gemeint ist der Arbeitsbereich*, Anm. der Autoren]? Ich hab nichts dagegen, meinetwegen sind wir hier nur mit Migrationshintergrund, von mir aus, aber brauchen tun wir den de facto nicht [*weil er nichts über die Praxistauglichkeit der Person aussagt*, Anm. der Autoren], weil ich sowieso vorher nicht weiß, was der bringt. [...] Also interkulturelle Kompetenz – man lernt das hier bei uns. Und da ist die Herkunft oder die Herkunft der Eltern total schnuppe.“ (EXP006)

Der **Begriff „Extremismusprävention“** stellte sich im Dialog mit den Experten schnell als theoretisches, eher praxisfernes Konstrukt heraus. Zum einen, da es gilt eine potenzielle Etikettierung der Klienten zu vermeiden, zum anderen, da sich diese Bezeichnung auch konkret als wenig praxistauglich erweist, denn: Wer würde sich beispielsweise mit einem Jugendlichen mit - aus Sicht der Eltern - fragwürdigen Freunden direkt an eine Extremismusbera-



tungsstelle wenden? Auch für Aussteiger selbst ist der Gang zu einer öffentlich als Extremismuspräventionsstelle betitelten Einrichtung auf Grund möglicher Etikettierungsrisiken mit deutlich mehr Überwindung verbunden, als zu einer dezenter betitelten Stelle. Auch fühlt sich der ein oder andere dem Extremismus gegebenenfalls gänzlich fern und strebt aus seiner Sicht heraus „lediglich“ das Ziel an, sich – aus wie auch immer gearteten Gründen – von einer bestimmten Personengruppe zu distanzieren oder keine Straftaten mehr zu begehen. Hinzukommend handelt es sich bei einem Großteil der Klientel um Personen, die sich noch im Vorfeld extremistischer Strukturen bewegen. Als deutlich gängiger und praktischer haben sich daher **tätigkeitsbeschreibende Begriffe** (wie etwa Beratungsstelle, Ausstiegshilfe oder dergleichen) sowie prozessorientierte Bezeichnungen, wie beispielsweise *Distanzierungsarbeit*, durchgesetzt.

Eine **funktionierende Zusammenarbeit** zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Stellen, die mit gegenseitigem Respekt und klarer Rollenzuweisung verbunden war, erschien allen Befragten als wichtige Grundlage für eine gelingende Arbeit. Verbindliche Strukturen (z. B. runde Tische zwischen zivilgesellschaftlichen Trägern und der Polizei) erwiesen sich als äußerst effektiv. Herausforderungen ergaben sich hierbei insbesondere bei der Zusammenarbeit mit Schulen, psychotherapeutischen Stellen sowie im Rahmen der Wiedereingliederung von Rückkehrern mit Moscheegemeinden. Wo es hier im Einzelnen zu Schwierigkeiten kommt, wird in den folgenden Kapiteln noch konkreter erläutert.

Da bei vielen der von uns ursprünglich erfassten Projekte bereits die Förderung ausgelaufen war, konnten nicht immer die konkreten Experten für das je spezifische Projekt befragt werden. Für die Erhebung selbst stellte dies kein Problem dar. Wohl aber zeigt sich hier ein Kernproblem des aktuell gelebten Modellprojektcharakters der Extremismusprävention hierzulande, die durch **zeitlich begrenzte Förderung** zivilgesellschaftlicher Maßnahmen, wenig auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist und – erschwerend – zu einem erheblichen Zeitaufwand bei der Akquise von Fördermitteln und der Gewinnung neuer Mitarbeiter führt. Dieser Umstand ist für eine von Beziehungsarbeit geprägte Tätigkeit besonders fatal, denn Ausstiegsbegleitung ist keine kurzfristige Angelegenheit. Ganz im Gegenteil geht

„die Aussteigerbetreuungsdauer deutlich nach oben [...], wir waren anfangs bei zwei bis drei Jahren, mittlerweile reden wir von Minimum zweieinhalb Jahren [...] bis hin zu fünf und mehr Jahren. Also wir begleiten die Leute einen Teil ihres Lebens inzwischen“ (Exp009).

Denn Distanzierungsprozesse sind langfristige Prozesse, die „ja bei manchen Jahre [dauern], bis die ihren Ausstiegswunsch tatsächlich realisieren“ (EXP009) und dazu führen, dass Betroffene „einen Teil ihres Lebens“ (EXP009) begleitet werden.

Hauptgrund hierfür ist unter anderem auch, dass „psychisch absolut stabile Personen [...] die Ausnahme sind“ (Exp009). Diese Beobachtung, die so auch von den anderen Experten betont wird, werden wir in Kap. 3.1 näher beleuchten.

Die **Arbeitspraxis** der befragten Experten gestaltete sich höchst unterschiedlich und unterlag vor allem dem Erfordernis einer kreativen Flexibilität, da jeder Fall für sich genommen einzigartig ist und es daher einer ausdrücklichen Einzelfallorientierung bedarf.

„Die Beziehung bzw. die Bindung kommt vor der Methode, das muss im Hinterkopf sein, deshalb haben wir bei den Bewerbungsgesprächen bei den neuen Leuten immer super Lebensläufe gehabt, aber im persönlichen Gespräch haben wir gesagt, wir können dich gerne nehmen, aber du wirst große Probleme bekommen ... wir haben dann nur die Leute ausgewählt, die auch von der Persönlichkeit her pfiifig und auch geschmeidig im Kopf sind, das ist schon wichtig.“ (EXP001)

**Beziehungsarbeit, Flexibilität und Kreativität** sind die drei Aspekte, die von allen Experten als zentrale Grundsteine gelingender Prävention benannt wurden und die sozusagen das „ABC der Präventionsarbeit“ bilden – „Wir arbeiten sehr vertrauensbasiert und langfristig und es gibt auch eine Bindung zwischen dem Berater und dem Klienten“ (EXP004).

Auch die Bereitschaft, spontan und teilweise außerhalb der üblichen Arbeitszeiten zu reagieren ist notwendig, um den Erfolg präventiver Bemühungen nicht zu gefährden – „da gibt es Fälle, die sind irrsinnig arbeitsaufwändig, da muss man auch nachts um Zwei mal raus, wenn es Probleme gibt“ (EXP009).

Das Kernelement praktischer Präventionsarbeit stellen jedoch vor allem persönliche Problemlagen und der **Aufbau einer von Vertrauen geprägten Arbeitsbeziehung** dar – „Das ist also das allerwichtigste. Die ersten Gespräche finden eigentlich nur unter dem Aspekt statt, der muss Vertrauen zu uns aufbauen und dann kann man erst richtig am Ausstieg arbeiten“ (EXP009).

Wenngleich die konkrete Arbeit vornehmlich an den persönlichen Bedürfnislagen der Klienten orientiert ist, hat das **Thema Ideologie eine wichtige Bedeutung** – insbesondere für die Mitarbeiter. Zum Einen, da für viele der ausstiegsorientierten Projekte eine Einstellungsänderung oder die gänzliche Abkehr von extremistischen Denkmustern angepeiltes Ziel sind, zum anderen fühlen sich die Experten in ihrem Arbeitsfeld beheimatet, was bedeutet, dass für sie Präventionsarbeit und das jeweilige ideologisch begründete extremistische Umfeld bzw. Milieu in der Regel eng miteinander einher gehen. Die Arbeit in einem anderen als dem aktuell bearbeiteten extremistischen Umfeld können sich die wenigsten Befragten vorstellen, obwohl die Ausstiegsarbeit im Kern identisch abläuft.

„Ich glaube, der Zugang, die Haltung, eine Anamnese und genau zu schauen, wo was passiert ist, das sind alles gute Dinge. Aber ich glaube die ideologische Auseinandersetzung, dafür braucht es noch was Eigenes. Und ich glaube, da kann ich dann nicht anfangen, mit den Maßnahmen, die ich dann durchführe, das eins zu eins dann, umzuwandeln.“ (EXP004)

„Ich könnte keine Islamisten betreuen [...] in den paar Jahren, die mir noch bis zu meiner Rente bleiben, [hätte ich nicht die Zeit, Anm. d. Autoren] mich so intensiv einzuarbeiten, ich hätte niemals das Level, was ich bei Rechts oder Links habe“ (EXP009)

Eine gegenteilige Einschätzung nehmen überraschenderweise vor allem die Experten vor, die nicht über einen pädagogischen oder islamwissenschaftlichen Hintergrund verfügen, sondern sich mittels *Learning by Doing* in der Prävention professionalisiert haben. Ihnen fällt es offenbar leichter, zwischen praktischen Handlungserfordernissen in der Arbeit und den (mutmaßlichen) ideologischen Standpunkten ihrer Klientel zu trennen und sich auf **persönliche Bedürfnis- und Problemlagen** der zu betreuenden Personen zu fokussieren.

„Wir sind eigentlich offen für jeden, der irgendein gruppenausgrenzendes Verhalten zeigt und [...] über die Jahre haben wir dann außerdem festgestellt, dass dieses Projekt sich besonders eignet für welche, die einen Gewalthintergrund haben [...] wir hatten einen Fall Anfang des Jahres, da hat sogar einer mitgespielt [*zusammen mit vornehmlich Rechtsorientierten*, Anm. d Autoren], das war ein IS-Rückkehrer.“ (EXP002)

Bei entsprechender Würdigung persönlicher Bedürfnislagen erscheint eine phänomenübergreifende Arbeit sowohl mit einem einheitlichen Ansatz als auch mit unterschiedlich orientierten Extremisten möglich. Machbar wird dies, so schildert es ein Experte, vor allem durch das **Anknüpfen an Basismerkmalen radikaler Denkmuster** – „Spätestens bei dem Thema Homophobie oder Frauenfeindlichkeit können sich dann eigentlich alle einigen“ (EXP002).

Unabhängig von der Art der Prävention, sei es nun phänomenspezifisch oder –übergreifend, wurden diverse Entwicklungen, Trends, Hürden und Optimierungspotentiale von nahezu allen Experten thematisiert. Diese darzustellen, ist das Ziel der folgenden Kapitel (Kap. 3.1-3.2). Weiterhin werden in den Kap. 3.3, 3.4 und 3.5 nochmals die Ergebnisse der Voruntersuchung (Erhebung der Präventionslandschaft 2014/2015) aus Sicht der befragten Experten betrachtet.

### 3.1 Radikalisierung

Neben den gängigen und bekannten Radikalisierungsfaktoren, wie allgemein **prekäre Familienverhältnisse** und die Einnahme einer **Außenseiterrolle** vor dem Einstieg in die Szene, wurden vor allem drei Faktoren thematisiert, die aus Sicht der Befragten eine entscheidende Rolle im Kontext von Radikalisierung und Deradikalisierung einnehmen – die Rolle des Vaters im Familiensystem, sowie offenbar zunehmende psychische, z.T. klinisch (psychiatrisch) relevante Auffälligkeiten und besondere Herausforderungen, die sich im Zusammenhang mit den sog. Rückkehrern ergeben.

Dass radikalierungsgefährdete Jugendliche häufig aus zerrütteten Familienverhältnissen kommen, ist keine neue Erkenntnis. Die **Rolle des Vaters** bedarf in diesem Kontext jedoch offenbar besonderer Beachtung (EXP003, EXP009). Besonders häufig wendeten sich alleinerziehende Mütter von in Radikalisierung befindlichen Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen an die Beratungsstelle(n) (EXP003). Auch werden im Praxisalltag offensichtlich häufiger Familienkonstellationen vorgefunden, in denen der Vater zwar ein im Haushalt lebendes Familienmitglied ist, seine Rolle als Vater jedoch nicht ausfüllte.

„Wenn ich gefragt werde, was zieht sich wie ein roter Faden durch die Aussteigerbiographien, dann sag ich immer: Probleme mit der Vaterfigur. [...] Vater entweder nicht vorhanden, wir reden meistens von alleinerziehenden Müttern, oder auch von sehr zerrütteten Familien, in denen noch beide Elternteile vorhanden sind.[...] Ein Vater kann durchaus physisch vorhanden sein, aber er nimmt eben nicht die Erzieherrolle ein, die Vorbildrolle, auch die bremsende, steuernde Funktion, die gerade bei jungen Männern, die in der Pubertät meiner Meinung nach dringend notwendig ist [...] Und dann sucht man sich halt einen Ersatzvater. Einen großen „Führer“, der oft auch der drei Jahre ältere, stets alkoholisierte Kameradschaftsführer im Nachbarort sein kann. Aber das ist die Suche, nach einer männlichen

Respektperson.[...] Das ist immer der Vater. Auch bei Frauen. [...] auch da zeigt sich die Suche nach dem großen, starken Mann [...].“ (EXP009)

Wenngleich die Rolle des Vaters insgesamt noch wenig Beachtung in der (Radikalisierungs-) Forschung findet, wird aus Studien zu Scheidungs-/Einelternfamilien sowie zum Einfluss des Arbeitsverhaltens von Eltern auf die Kinder deutlich, dass nicht nur die tatsächliche, sondern vor allem auch die emotionale Abwesenheit bzw. die Nicht-Verfügbarkeit von Vätern Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder - insbesondere der Söhne - hat (etwa: Wallerstein et al. 2002, Ringbäck Weitoft et al. 2003, Johnson et al. 2013). So wurde unter anderem ein deutlich höheres Risiko für psychische Erkrankungen, darunter auch Suizidalität und Alkohol- bzw. Drogenkonsum deutlich, wenn Kinder in Einelternfamilien (vornehmlich bei Müttern) aufwuchsen (Ringbäck Weitoft et al. 2003). Bei den Söhnen vielarbeitender Väter wurden hinzukommend vermehrt Verhaltensauffälligkeiten beobachtet (Johnson et al. 2013).

Es verwundert daher nicht, dass auch das **Vorkommen psychischer oder psychiatrischer Auffälligkeiten** von allen Experten thematisiert wird. Überraschend ist jedoch, dass es sich hierbei - mit Ausnahme von Suchtproblematiken - um ein aktuell zunehmendes Phänomen zu handeln scheint. EXP003 sieht Nachwuchsprobleme in extremistischen Szenen als Ursache dafür, dass nun gezielt auch psychisch labile Personen rekrutiert würden, wohingegen früher in erster Linie stabile Personen angeworben wurden (vgl. hierzu auch: Taarnby 2003). Neben Alkohol- und Drogenproblemen (auch im Rahmen der islamistischen Szene) werden vor allem Depressionen, drogeninduzierte Schizophrenien, Paranoia sowie - bei den Frauen - emotional instabile Persönlichkeitsstörungen (Borderline-Typ) beobachtet. Oftmals sind die Klienten in der Vergangenheit bzw. zum Zeitpunkt der Präventionsmaßnahme bereits in psychologischer oder psychiatrischer Behandlung (gewesen). Insgesamt wird deutlich, dass das Präventionsangebot die (zunehmenden) psychologischen Problemlagen nur schwer auffangen kann bzw. einzelne Maßnahmen, die nicht hierfür ausgelegt sind, eine Teilnahme bzw. Betreuung entsprechend belasteter Klienten ausschließen. Besonders prekär ist dies, wenn - wie häufig - die Therapiebedürftigkeit seitens der Betroffenen nicht erkannt bzw. angenommen wird (mangelnde Krankheitseinsicht) oder es sich um Ausstiegsprogramme handelt, die mangels entsprechender Expertise und Ausrichtung dann nicht in Anspruch genommen werden können.

Ein besonderes Problem ergibt sich vor allem für den Bereich der Islamismusprävention - insbesondere mit Blick auf die **Gruppe der sog. Rückkehrer**. Hier besteht auch seitens klinisch geschultem psychologischen Fachpersonal offenbar eine große Zurückhaltung, sich auf dieses Arbeitsfeld bzw. Zielgruppe einzulassen. Hintergrund ist hierbei allem Anschein nach die bei Ärzten bzw. Therapeuten häufiger anzutreffende Angst vor einer Verantwortungsübernahme, die sich aus einem therapeutischen Betreuungsverhältnis ergeben könnte. Diese Angst speist sich offenbar aus einem Mangel an praktischen Erfahrungen mit dieser spezifischen Klientel (EXP001).

„Wir haben auch viele, die psychologische Probleme haben, und wo wir sagen, die brauchen einen Psychiater. Das Problem ist aber, viele [Psychiater, Anm. d. Autoren] haben sich darauf noch gar nicht eingelassen [...], weil die irgendwie damit nicht umgehen können [...]. Die meisten haben gesagt ‚wir haben da keine Erfahrung drin‘ [...], wir müssen immer gucken, wie wir das dann hinkriegen. Also das

muss sich auf jeden Fall verbessern, das muss auf jeden Fall verbessert und optimiert den.“ (EXP001)

Besondere Herausforderungen in der Arbeit mit islamistisch orientierten jungen Menschen bzw. Rückkehrern ergeben sich jedoch nicht nur bezüglich einer begleitenden, psychologischen oder psychiatrischen Maßnahme. Auch bei der **Reintegration** in ein gemäßigtes, soziales Umfeld ist oftmals eine **erhebliche Reaktanz** anzutreffen. Nicht selten mündet dies in eine erneute Außenseiterrolle und endet schließlich in einem Teufelskreis, der dazu führt, dass Ausstiegswillige aus sozialer Not heraus erneut die extremistische Szene aufsuchen, da diese das einzige aufnahmebereite soziale Milieu ist.

„Bei dem einen war das dann eine Depression, weil der Moscheeverein seine Türen zugeschlossen hat – ‚Du hast was mit den [extremistischen, Anm. d. Autoren] Leuten hier zu tun‘. Anstatt, dass die Moschee ihn dann aufnimmt. Wir haben auch angeboten, dass wir da mitunterstützen, aber die haben es nicht gemacht. Und sogar beim Opferfest, zum Beispiel, wo man sich gemeinsam trifft zum Beten, konnte der in keine Moschee und dann ist er rückfällig geworden.“ (EXP001)

Vergleichbar schwierig gestaltet sich auch die Reintegration in schulische und berufliche Umfeldler, wo offenbar eine negative Einflussnahme durch islamistisch orientierte junge Menschen auf die Schülerschaft befürchtet wird und es häufig an Strukturen fehlt, den Erziehungsauftrag gemeinschaftlich umzusetzen (z.B. unter Einbezug von SchulpsychologInnen, SchulsozialarbeiterInnen).

## 3.2 Bedeutung des sozialen Umfelds

Dem sozialen Umfeld kommt eine besondere Bedeutung im Rahmen von Radikalisierungs- und De-Radikalisierungsprozessen zu. Nicht nur, dass es zur psychischen Stabilisierung beitragen kann und bedeutenden Einfluss im Zusammenhang mit Risiko- und Schutzfaktoren besitzt, auch fungiert es als **Frühwarnsystem** – eben dann, wenn sich Familienangehörige, Freundeskreis, Kollegen, Vorgesetzte oder Lehrkräfte Gedanken über die Entwicklung von Personen in ihrem Umfeld machen und in ihrer Rolle als „Signalgeber“ aktiv werden. Die besondere Bedeutung dieser Signalgeber betonen alle Experten, denn es ist in aller Regel das soziale Umfeld von Jugendlichen, welches den ersten Impuls im Kontakt zu einer Beratungsstelle setzt – nur in Ausnahmefällen melden sich Betroffene bereits im ersten Schritt selbst.

Dem **Schulsystem** als einzigen öffentlichen Sektor, der von allen jungen Menschen in Deutschland durchlaufen wird, kommt hier eine besondere Verantwortung zu.

„Schule ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt für uns, weil, da treffen sie alle zusammen [...], da kriegen wir sie auch alle [...], da ist Alt und Jung, da sind alle. Rechts, links, radikal, nicht radikal, kuschelig, schwul, lesbisch, alle sind sie da an der Schule“ (EXP006).

„Für viele Kids, die nicht wissen, was mit sich anzufangen, was ja dann in die eine oder andere Richtung abdriften kann, für die ist Schule, bei all den Missständen und all dem Negativen, was sie da auch erfahren, oftmals ein Stück Heimat. Ein Anker, da bin ich zu Hause. [...] Die wissen in den Ferien nichts mit sich anzufangen und das hören wir ganz, ganz viel. Das mag nicht überall so sein, aber in Bezirken, wie bei uns hier, ist das so. Dass Kids sich freuen, wenn die Schule endlich wieder anfängt.

Nicht, weil sie sich auf die Schule wieder freuen, die finden sie totale Kacke, aber weil sie offen ist, weil sie dort wieder mit Leuten in Kontakt kommen und auf irgendeine Art kommunizieren, auch wenn es über Pokemon Go ist.“ (EXP006)

Aus unserer Untersuchung wurde deutlich, dass schulische Strukturen zumeist nicht auf die Belange präventiver Erfordernisse ausgerichtet sind. Die Vorstellung von Schule als Ort, an dem Bildung vermittelt, Kompetenzen gestärkt, junge Menschen begleitet und aufs Berufsleben vorbereitet werden, ist als idealtypisch zu sehen.

Vier Strukturmerkmale sind aus Sicht der Experten besonders prekär für die Prävention:

### **1. Entkoppelung von Bildungs- und Erziehungsauftrag**

Bildungs- und Erziehungsauftrag stehen nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zu einander. Dies ist in einer Zeit, in der Schulen neben der Familie stärker denn je an der Sozialisation und Erziehung junger Menschen beteiligt sind, besonders prekär. Aus Erfahrung der Experten wird der pädagogische Auftrag vereinzelt so stark verneint, dass grundlegende emotionale Bedürfnislagen, die oft die Einstiegsmotivation in radikale Umfelder darstellen, in der Schule nicht adäquat aufgefangen werden. Nicht selten käme es auch direkt zum Einschalten der Polizei bevor es zu einem Gespräch mit Schülern bzw. deren Eltern gekommen sei. Insgesamt sei aufgrund einer hohen Verunsicherung des Lehrpersonals im Zusammenhang mit Radikalisierungsgeschehen zu erkennen, dass dies zu einer Unsicherheit im Umgang mit vermeintlich radikalisierten Jugendlichen und vereinzelt zu einer stark ausgeprägten Ablehnung führt, mit entsprechenden Fällen, den jeweiligen persönlichen Lebensgeschichten und Hintergründen umzugehen.

„Aber trotzdem gibt es immer noch Lehrer, in der Fortbildung sehen wir das sehr stark, dass sie sagen, ich fühl mich einfach sicherer oder ich finde es einfach richtig und notwendig, wenn ich erst die Polizei rufe. Wenn wir sagen: ‚Sie haben doch auch einen pädagogischen Auftrag‘ dann sagt er: ‚Nee, ich nehme diesen Auftrag in dem Sinne nicht an, ich hab auch einen anderen Auftrag‘.“ (EXP001)

### **2. Ausrichtung von Lehrausbildung und Lehrplänen**

Einhergehend mit den zuvor genannten Schwierigkeiten, wird auch thematisiert, dass sich das Lehramtsstudium vornehmlich an Lehrinhalten und weniger an den Lebenswelten junger Menschen orientiert. Als Anbieter von Fortbildungen für Lehrkräfte sowie im Kontakt mit Schulen erfahren die Experten immer wieder, dass es Lehrkräften zum Teil an Basiskompetenzen fehle (z. B. interkulturelle und interreligiöse Kompetenzen, sozialpädagogische Fertigkeiten), die im Umgang mit jungen Menschen unerlässlich seien. Hierdurch werde die Tendenz zur Ablehnung eines Erziehungsauftrags noch weiter befördert und die Beschränkung auf eine rein didaktische Rolle ge-

stärkt. Oft fehle es auch an einer professionellen Distanz und persönliche Ängste träten in den Vordergrund.

„Ja, das Gefühl hatten wir auch, dass da schnell auch eine Angst ist, dass die Lehrer zum Beispiel bei dem einen Fall war es, dass es während der Sache in Paris, dass der Schüler dann nicht aufstehen wollte und die Schweigeminute nicht machen wollte und dass da dann direkt die Angst war, anstatt einfach mal mit dem Schüler zu sprechen. Oder mal zu gucken, was für andere Möglichkeiten gibt es denn.“ (EXP008)

Aber nicht nur die Ausbildung der Lehrkräfte, sondern auch die Entwicklung der Lehrpläne sehen die Experten kritisch. Aus ihrer Sicht fehlt es an Raum und Zeit für zeitgemäße politische Bildung und Demokratieförderung, die zunehmend den klassischen „PISA-Fächern“ gewichen seien.

### 3. Arbeitsbedingungen an Schulen

Ferner verhindern auch die Arbeitsbedingungen selbst (große Klassen, wenig Zeit für Freiarbeit) den über die unmittelbaren Lehrinhalte hinausgehenden Austausch mit den entsprechenden Schülern, was durch die Beratungsstellen dann kompensiert werden muss. Oft werde in der Zusammenarbeit mit Schulen deutlich, dass die persönlichen Hintergründe und Geschichten von Schülern dort gar nicht bekannt sind. Auch sei ein Mangel an Zeit für das Thematisieren von Dingen, die Jugendliche ganz allgemein bewegen, feststellbar. Hierunter fallen laut SINUS-Jugendstudie (Calmbach et al. 2012, Calmbach et al. 2016) beispielsweise Themen wie Alltagsrassismus, Sorge um sozialen Abstieg, Folgen von Körperverletzungen durch Jugendgewalt und der Wunsch in einer pluralistisch-friedlichen Gesellschaft zu leben (vgl. hierzu auch die Empfehlungen von Möller et al. 2016).

„Wichtig ist da der Beziehungsaufbau, dass da eine Beziehung ist. Dann auch, dass die Jugendlichen Raum haben drüber zu sprechen, auch über aktuelle Themen, die sie gerade beschäftigen.“ (EXP008)

„Ihnen diese Freiräume zu geben, darüber einfach mal zu quatschen, das geht dann sicher auch mal ins Sozialarbeiterische, das mag ja sein, aber diese Freiräume würde ich mir auch mal wünschen, weil zu Hause tun sie es nicht. Ihre Eltern geben ihnen nicht diese Chance. Oder der Vater flucht noch vor sich hin und sagt vielleicht noch ‚Scheiß Juden‘ oder was weiß ich. Einfach mit ihnen darüber zu diskutieren. Und wenn dann die Lehrer sagen, aber dafür haben wir nicht die religiösen, fachlichen oder die sozialen Kompetenzen. Ach, ihr braucht doch nicht über Religion reden. Seid einfach der Schrank, den die Kinder vollquatschen können, damit die mit irgendeinem reden können, damit die sich untereinander austauschen. Ihr braucht doch nur daneben sitzen, ihr braucht doch die Diskussion nur moderieren. Wenn es da eventuell ein bisschen eskaliert. Aber gebt den Kids eine Chance, darüber zu den.“ (EXP006)

Inbesondere nach medienwirksamen Anschlägen oder wichtigen gesellschaftspolitischen Diskussionen sollten Jugendliche in einer globalisierten, komplexen Welt, in der sie sich teilweise mit Identitätskonflikten verloren und fragend allein gelassen fühlen, bei ihrer Suche nach Antworten nicht extremistischen Gruppierungen überlas-

sen werden, die solche Lücken gezielt nutzen indem sie an die emotionalen Bedürfnislagen junger Menschen anknüpfen.

Hierfür sollten nach Meinung der Experten nicht nur - gemäß dem Multiplikatorenprinzip - einzelnen sondern allen Lehrkräften Fortbildungen ermöglicht werden. Ziel sollte es sein, auf diese Herausforderungen gezielt vorbereitet zu werden. Neben einer konkret extremismuspräventiven Wirkung ergäbe sich hiermit auch ein Mehrwert insgesamt, da ganz allgemein Resilienz gefördert würde.

#### **4. Rolle von Schule im Kontext ganzheitlich gedachter Extremismusprävention**

Wenngleich Schulen gerne auf die meist universell-präventiven Angebote von Präventionsakteuren zurückgreifen (z. B. Projektwochen, Diskussionen mit Aussteigern), gestaltet sich die Zusammenarbeit im indiziert präventiven Bereich (Ausstiegsarbeit) schwierig. Beispielsweise wenn es darum geht, sog. Rückkehrer wieder in das Schulsystem zu integrieren. Hier nimmt – von Ausnahmen abgesehen - Schule ihre Rolle als Akteur im Kontext ganzheitlich gedachter Extremismusprävention offenbar nur schwer an. Gemäß den Interviewpartnern seien oft persönliche Ängste handlungsleitend, die dann mühsam abgebaut werden müssten. Wichtig sei daher ein Umdenken, um schneller und gezielter *an einem Strang zu ziehen*.

„Weil er dann auch die Schule nochmal machen wollte an seiner alten Schule, war dann das Problem, weil die Schulleitung ihn erst nicht nehmen wollte. Und dann haben wir erstmal mit der Leiterin gesprochen und haben sie überzeugen können. Und dann hat sie gesagt, sie müssen aber auch die anderen überzeugen, meine Kollegen, ... wir haben eine Infoveranstaltung gemacht, da waren dann so 80 Lehrer und Lehrerinnen. Dann haben wir auch dort gesprochen, dass wir hier nicht nur den Jungen betreuen, sondern auch die Schule, dass wir das gemeinsam machen müssen und so. Und wenn Eltern Bedenken haben, da sind wir auch gerne dabei und bereit, mit den Eltern zu sprechen, und das fanden die alle sehr gut und so weiter. Und dann hat es geklappt und er hat dann sein Fachabitur gemacht und hat jetzt auch eine Ausbildung.“ (EXP001)

Interessanterweise berichteten Experten aus Bundesländern, in denen eine institutionalisierte Kooperation zwischen Schule und Präventionsangebot bestand, von weitgehend weniger Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung radikalisierter Jugendlicher.

### **3.3 Experten- und Multiplikatorenschulungen**

Experten-/Multiplikatorenschulungen stellen einen nicht unerheblichen Anteil präventiver Maßnahmen da (Gruber, Lützing & Kemmesies, 2016, S. 16; Gruber, Lützing & Kemmesies, 2017, S. 15). Sie werden von unterschiedlichsten Akteuren getragen und haben ihren inhaltlichen Schwerpunkt vor allen in den Bereichen **Aufklärungs- und Sensibilisierungsar-**



**beit.** Die besondere Bedeutung solcher Schulungen im Bereich des Erziehungs- und Bildungssektors wurde bereits im vorangegangenen Kapitel deutlich. Als besonders kritisch wird hier der Umstand gesehen, dass nicht nachhaltig ist, wie das in den Schulungen vermittelte Wissen letztlich in der Praxis durch die Multiplikatoren (i. d. R. Lehrkräfte, SozialarbeiterInnen, Justizvollzugspersonal, Imame etc.) umgesetzt wird bzw. werden kann. Es mangelt diesbezüglich vor allem an systematisch durchgeführten Evaluationen.

Im Rahmen unserer Expertenbefragung haben wir nach den Erfahrungen der Experten bezüglich der Durchführung von Multiplikatorenschulungen gefragt. Hierbei ging es einerseits darum, Punkte herauszuarbeiten, die die Experten als essentiell bei der Vermittlung an Multiplikatoren sehen, andererseits darum, eine Einschätzung zur Effektivität von Multiplikatorenschulungen abzugeben.

Insgesamt werden Multiplikatorenschulungen als **effektiver und unabdingbarer Bestandteil** von Extremismusprävention angesehen. Tendenziell bevorzugten Schulen jedoch eher auf Kurzfristigkeit angelegte Angebote (z. B. einzelner Projekttag, Vortrag auf Elternabend). Um einen nachhaltigen Effekt zu erzielen, müsse hier dringend ein Umdenken stattfinden. Die Ausbildung von Multiplikatoren als einem grundlegenden Baustein effizienter Präventionsarbeit, der das persönliche Verantwortungsbewusstsein fördere, sei aber nur dann erfolgreich, wenn in der jeweiligen Institution für den Teilnehmer auch eine unterstützende Struktur vorhanden sei (EXP003, EXP009).

Aus den Erfahrungen mit den unterschiedlichen Zielgruppen (etwa: Lehrkräfte, JVA-MitarbeiterInnen, SozialarbeiterInnen, Imame) würden auch **unterschiedliche Bedürfnissen bzw. Aus-/Fortbildungserfordernisse** deutlich. So wird im Bereich von Erziehungs- und Bildung das größte Erfordernis im Abbau von Hemmschwellen im Umgang mit sich radikalisierenden jungen Menschen gesehen. Es müsse die Selbstreflexion, Empathiefähigkeit und die Bereitschaft, sich mit der Lebensgeschichte und Identität der einzelnen Jugendlichen (wieder) auseinanderzusetzen, gefördert werden. Sozialarbeiter werden als hinreichend sensibilisiert wahrgenommen. Vereinzelt mangle es an grundlegender, berufsbezogener Allgemeinbildung, wie etwa der Unwissenheit über den Unterschied zwischen *Islam* und *Islamismus*. Auch die Bereitschaft zu interkultureller Offenheit fehle häufiger. Vielfach werde von Schulen voreilig die Polizei eingeschaltet und sich einer (weiteren) Auseinandersetzung mit der Situation entzogen (EXP001).

„Diese Multiplikatorenfortbildungen, das nehmen wir sehr ernst, das machen wir auch sehr oft. [...] Das gute bei uns ist, dass wir aus dem Nähkästchen plaudern können. Wir haben ja einen unmittelbaren Zugang zu den Leuten. [...] wir sind auch so ein bisschen Sprachrohr. [...] Das ist immer das Thema, mit uns reden die darüber und da sag ich auch immer den Lehrern, ihr als Verantwortliche müsst das auch auf dem Schirm haben.“ (EXP001)

Anders als für die Arbeit mit Jugendlichen in schulischen Kontexten wird der Schwerpunkt für nicht an einen Erziehungsauftrag gekoppelte Bereiche (z. B. Justizvollzugsanstalten für Erwachsene) stärker im Bereich von Aufklärung- und Sensibilisierung gesehen. Hier gehe es primär darum, das Personal dafür zu sensibilisieren, über den eigenen Tellerrand zu blicken:

„Aber auch einfach, dass wir das Personal da ein bisschen sensibilisieren. Bis runter zum einfachen Wach- und Vollzugsdienst, der dann eben auch hoffentlich in Zukunft ein Auge drauf hat. Ist da gerade einer dabei, sich zum Islamismus zu radikalisieren? Oder seit wann besorgt der sich denn irgendwelche rechte Zeitschriften, leiht sich die von der Zelle von seinem Nebenmann aus oder so, driftet der irgendwie in die rechte Ecke ab...? Wir wollen einfach, dass die Leute ein bisschen über den Tellerrand hinausschauen.“ (EXP009)

Während bei den zivilgesellschaftlich getragenen Präventionsakteuren die Durchführung von Experten- und Multiplikatorenschulungen fester Bestandteil des Tätigkeitsprofils sind, müssen staatlich getragene Stellen hier häufig besonders begründen – vor allem, wenn die Zuständigkeit theoretisch in einem anderen Ressort liegt.

„Lehrerfortbildung durch Polizei muss teilweise gerechtfertigt werden: Ich muss mich vor meiner Behörde auch rechtfertigen, wie kommt ihr drauf, jetzt LehrerInnen zu beschulen, die sollen selber irgendwie... [*gemeint ist Zuständigkeit durch anderes Ressort*, Anm. der Autoren] Aber wir haben es letzten Endes in einigen Fällen gemacht.“ (EXP006)

Gegebenenfalls liegt hierin auch eine der Ursachen dafür, dass staatliche Extremismusprävention in großem Maße mittels Entwicklung aufklärender und sensibilisierender Medien (Flyer, Broschüren, Medienpakete usw.) und weniger in einem konkreten, interaktiven Austausch – etwa im Rahmen von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen – realisiert wird.

Abschließend lässt sich festhalten, dass Schwerpunkte bei der Durchführung von Experten- und Multiplikatorenschulungen in Abhängigkeit eines etwaigen Erziehungsauftrags konzipiert werden sollten. Dort, wo ein Erziehungsauftrag vorliegt, sollte die Förderung sozialer und kommunikativer Kompetenzen stärker gefördert werden, als in Bereichen, in denen ein solcher Auftrag nicht vorliegt. Auch erscheint es aus Sicht der Experten hilfreich, derartige Maßnahmen bereits in die jeweilige **Berufsausbildung** zu integrieren, um insbesondere Lehrpersonal gestärkt und kompetent ins Berufsleben zu schicken. Ressortübergreifendes Arbeiten sollte darüber hinaus im Sinne einer ganzheitlichen Extremismusprävention verstanden und vereinfacht werden.

### 3.4 Evaluationen

Aus vorangegangenen Untersuchungen wurde deutlich, dass Informationen hinsichtlich durchgeführter Evaluationsmaßnahmen in der Regel äußerst dürftig und wenig transparent sind. Ein voneinander Lernen wird hierdurch deutlich erschwert (Gruber, Lützing & Kemmesies 2017, S. 20). Möglicherweise ist die defizitäre Evaluationspraxis bzw. öffentlich zugängliche Dokumentation von Evaluationsberichten auch der Grund, warum sich in unserer Befragung eine deutlich ambivalente Haltung gegenüber dem Thema Evaluation offenbarte. Obgleich ein großes Interesse an der Evaluation der eigenen Projekte bestand, existierte zugleich **große Skepsis über die Aussagekraft und Durchführbarkeit evaluativer Maßnahmen**. So wurden diese beispielsweise vielfach mit statistischen Erhebungen bzw. Rechenschaftsberichten gleichgesetzt, begleitet von der Einschätzung, dass eine Reduktion auf bloße Zahlen dem tatsächlichen inhaltlichen Anspruch und zeitlichen Aufwand, der mit Distanzie-

rungsbegleitung einhergeht, nicht gerecht würde und diesen auch nicht entsprechend abbilde.

„Also was sagt so ein Bericht aus? [...] Also jetzt mal angenommen, ich habe im Jahr 2014 im Bundesland XY fünf laufende Fälle und drei Fallanfragen. [...] Nur, weil ich „nur“ fünf Fälle habe, ist das aber nicht wenig. Also ich glaube das Problem ist immer, in unserem Arbeitsfeld von Zahlen zu sprechen, sich auf Zahlen runterbrechen zu lassen, eben weil die Arbeit so komplex, langfristig angelegt ist.“ (EXP004)

Ein weiteres Problem besteht in der Uneinigkeit darüber, wann ein Ausstieg bzw. entsprechende Interventionen als erfolgreich zu bewerten sind:

„Auch auf Bundesebene ist die Bundesarbeitsgemeinschaft immer noch am Diskutieren, wann der Ausstieg erfolgreich ist und da gibt es auch innerhalb der Bundesarbeitsgemeinschaft ganz unterschiedliche Ansichten.“(EXP004)

Seitens der staatlichen Stellen wurden zudem Bedenken geäußert, dass die Durchführung einer Evaluation zwingend durch externe Kräfte durchzuführen sei, was den zwischenzeitlichen Aufenthalt von externen Wissenschaftlern in der Einrichtung erforderlich mache und daher praktisch als schwierig umsetzbar erscheint.

„Es ist natürlich schwierig, es gibt viele Gründe, warum keine Evaluation stattfindet. Zum Teil waren wir in der Anfangszeit massiv unterbesetzt, haben dementsprechend auch die Erfassungen nach diesen Evaluationskriterien nicht leisten können. Dann haben wir ja hier die besondere räumliche Situation, man kommt hier nicht ohne Weiteres rein. Wissenschaftler für eine Evaluation sind dann hier auch nicht über einen gewissen zeitlichen Raum hinweg gern gesehene Gäste, also das ist alles ein bisschen restriktiv hier. Aber wir haben das Ziel, das hier mal anzustreben, das wird aber sicher noch ein paar Jahre dauern. Dann kann man auch leider nicht den gesamten Zeitraum berücksichtigen, sondern dann müsste man sagen, ab dem Jahre 2015 machen wir jetzt bis 2020 eine Evaluation.“ (EXP009)

Überraschenderweise wiesen – trotz bestehender Skepsis – jedoch nahezu alle der von uns befragten Experten Erfahrungen mit Fremd- oder Eigenevaluation auf. Hierbei wurden sowohl negative als auch positive Erfahrungen gemacht. Insbesondere die im Rahmen von Bundesprogrammen evaluierten Projekte hätten sich **mehr Objektivität und eine tiefergehende Evaluation gewünscht**. Mitunter bestand das Gefühl, dass wissenschaftliche Begleitinstitut forsche *im Sinne* des Bundesprogramms, also wenig kritisch und – in Gestalt einer Art Legitimationsforschung – mit dem Ziel einer positiven Bilanz. Auch wurde kritisiert, dass im Rahmen eines Stufenverfahrens letztlich nur stichprobenweise voll evaluiert wurde.

„Bei uns war das so, dass wir im Rahmen des Bundesprogramms extern evaluiert wurden. Da gab es eine Art Stufensystem. Es wurden Projekte ausgewählt, die konkret befragt wurden und wo man dann mitgelaufen ist. Die anderen Projekte, die nicht in die engere Auswahl gekommen sind, wurden im Rahmen eines Monitorings evaluiert. Wir hätten uns gewünscht, dass wir auch mit in die engere Auswahl der konkret evaluierten Projekte kommen...“ (EXP007)

**Mangels personeller und finanzieller Ressourcen** stellt die Umsetzung wissenschaftlicher Begleitforschung (Evaluation) für viele Projekte eine nicht (selbst) zu stemmende Herausforderung dar. Zugleich besteht ein großes Interesse daran, die **eigene Arbeit kompetent zu reflektieren und kontinuierlich weiterzuentwickeln**. Evaluative Maßnahmen im Rahmen von Bundes- und Landesförderprogrammen eröffnen für viele Präventionsprojekte daher

große Chancen, dem Wunsch nach professioneller Reflektion nachzukommen. Es erscheint daher lohnend, möglichst vielen Projekten eine umfassende Evaluation zu ermöglichen.

Auch erscheint erforderlich, Sinn und Zweck von wissenschaftlicher Begleitforschung sowie das Spektrum einsetzbarer Methoden besser zu kommunizieren, um etwaig bestehende Widerstände abzubauen. So kann Evaluation mitunter auch zu neuen Erkenntnissen führen oder Aspekte der eigenen Arbeit würdigen, die zuvor gar nicht wahrgenommen wurden.

„Und wenn ich dann hinterher gelesen habe, wie die uns in einzelnen Fällen betrachtet hat, und die hat ja auch, Tatsache, ganz explizite Vorgänge ganz genau betrachtet, beobachtet. Die hat uns also richtig am Hacken gehangen. Wenn ich dann sehe, wie sie Dinge sieht, dann ist mir erstmal vor Augen geführt worden und sicherlich auch den Kolleginnen und Kollegen, die das schon gelesen haben, stimmt, das machen wir, wusste ich aber gar nicht.“ (EXP006)

Dies fördere nicht zuletzt die **Wahrnehmung der eigenen Professionalität und die Bedeutung der eigenen Rolle** im Kontext wirkevaluativer Maßnahmen. Aus unseren Gesprächen wurde auch deutlich, dass eine große Unsicherheit hinsichtlich der eigenen Wahrnehmung besteht, die dazu führt, die Bedeutung der eigenen Rolle als Experte abzulehnen.

„Ich kann es mir bei meiner Arbeit schwer vorstellen, wie will man das dann machen, man kann ja nur uns befragen, unsere Klienten, da kann man ja nicht hin und die evaluieren.“ (EXP006)

„Wir haben hier auch gerade wieder so ein wissenschaftliches Begleitprojekt gehabt und natürlich stand in diesem Evaluationsbogen „Bitte schätzen Sie ein, in wie weit die Maßnahme Wirkung erzielt hat bei den Jugendlichen und mögliche Einstellungsänderungen“. Das ist so schwer zu sagen, und das ist wirklich, ich will mir das zum Teil auch gar nicht anmaßen [...] Denn Einstellungsänderung ist ein Prozess, der ist so langfristig angelegt, und ich glaube, das ist einfach, ja genau diese Begriffe, „Wirkung“, „wann hat etwas gewirkt“, also keine Ahnung, ..., was hat denn wann gewirkt: Wenn der Jugendliche nicht im Knast gelandet ist? Oder, wenn er einen schönen Tag mit mir hatte und irgendwie mal neue Erfahrungen sammeln konnte? Also,...schwierig.“ (EXP004)

Eben weil eine Evaluation einzelner Maßnahmen in der Regel jedoch nur über das Fachpersonal möglich ist, sollte hier stärker zur Annahme der Rolle als Experte motiviert und vermittelt werden, dass eine Evaluation nicht im Sinne eines Rechenschaftsberichts zu sehen ist, in dem eine positive oder negative Bilanz anhand von Fallzahlen gezogen wird. Ganz im Gegenteil eröffnet wissenschaftliche Begleitforschung durch das umfassende Repertoire an Erhebungsmethoden eine Option, Erfolge auch jenseits von Fallzahlen darzustellen und in ihrer Ganzheitlichkeit zu würdigen. Beispielsweise, wenn – eine positive Arbeit unterstellt – Arbeitsweisen und -abläufe dargestellt und reflektiert werden.

### 3.5 Linksextremismusprävention – Bedarf und Angebot

Mit nur 4% Anteil am Gesamtaufkommen **präventiver Maßnahmen**, spielen linkspräventive Projekte eine fast schon **verschwindend geringe Rolle** im Kontext extremismuspräventiver Maßnahmen (Gruber, Lützinger & Kemmesies, 2017, S.12). Ursache hierfür dürfte, neben dem medial und politisch stärkeren Interesse an den Themen Rechtsextremismus und Islamismus, auch dessen oftmals attestierte **„Gesellschaftsfähigkeit“** sein (vgl. Brandenburgi-

sche Zentrale für politische Bildung 2016). Auch im Rahmen der Forschung spielt das Thema Linksextremismus seit den 1980er Jahren eine eher untergeordnete Rolle – die recht überschaubare Anzahl realisierter Studien vermittelt allenfalls einen groben Überblick zu linksaffinen bzw. -extremistischen Entwicklungen hierzulande (vgl. Hoffmann 2013; Eilers, Gruber & Kemmesies, 2016).

Da es im Kontext extremistischer Entwicklungen jedoch immer gilt, auch Wechselwirkungen zwischen unterschiedlich orientierten Szenen im Blick zu haben, ging es uns gezielt darum, Einflüsse der linksextremen Szene und die Situation linkspräventiver Maßnahmen mit Hilfe von Experten zu reflektieren, die im Direktkontakt mit sich radikalisierenden bzw. extremistischen jungen Menschen unterschiedlich orientierter Szenen arbeiten. Interessanterweise waren es – neben den Mitarbeitern aus der Linksextremismusprävention – vor allem Experten aus der Islamismusprävention, die problematische Einflüsse seitens linksextremistischer Akteure thematisierten und eine **Vernachlässigung linkspräventiver Maßnahmen kritisch** betrachteten. So brächten konvertierte und sich im Rahmen islamistischer Szenen engagierende, ehemalige Linksextremisten/-terroristen oftmals Erfahrungen und Kompetenzen mit, von denen die islamistische Szene profitiere. Sie trügen zum Beispiel zur besseren Orientierung in den Strukturen und dem System hierzulande bei, woran es in der islamistischen Szene häufig fehle. Außerdem profitiere die islamistische Szene von der gesellschaftlichen Akzeptanz und dem damit verbundenen Defizit an Repressalien, was propagandistisch genutzt und in Beratungsgesprächen von islamistisch orientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch gezielt thematisiert würde.

„Da wird immer argumentiert: [...] aber die sind doch auch politisch, ich bin auch nur politisch, ich bin doch politisch aktiv, ich habe diese Aussage getätigt und so, das ist doch nichts verfassungswidriges, aber der Linksextremist sagt doch viel Schlimmeres, er sagt doch hier sogar, ich will hier keine Demokratie haben und so und da passiert gar nichts.“ (EXP001)

Auch die oft spontane Verquickung zwischen (gewaltgeneigten) muslimischen Jugendlichen und der linksextremen Szene, z. B. im Rahmen von **Demonstrationen**, wird kritisch beäugt. Hier seien dringend präventive Maßnahmen erforderlich, wie eine gute Vernetzung in den Communities oder das Aktivieren bekannter Größen zwecks offensiver Ansprache gewaltbereiter Jugendlicher bei Großereignissen.

Als problematisch wird auch das Engagement linksextremistisch motivierter Personen im Rahmen sozialer Projekte (z. B. in der **Flüchtlingshilfe**) gesehen. Hier gälte es, Projektleiter und -finanzierer dafür zu sensibilisieren, genau hin zu schauen, wer sich im sozialen Bereich engagiert und wem Förderung zu Teil würde.

Insgesamt wird die **Verstärkung linkspräventiver Maßnahmen** von allen Experten befürwortet. Ebenso sollten lebensweltbezogene Ansätze stärker gegenüber Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit, die aktuell den Schwerpunkt linkspräventiver Maßnahmen ausmachen (Gruber, Lützing & Kemmesies, 2017, S. 22), in den Blick genommen werden. Hierbei sollte eine hohe Zielgruppenorientierung gewährleistet sein, da auch deutlich wurde, dass Präventionsprojekte im Bereich des Linksextremismus von der entsprechenden Zielgruppe nur schwer angenommen werden. Gegebenenfalls lohnt hier eine **stärker an zentralen Probleme**

**men (etwa Gewalt) ansetzende Prävention**, die – ganz im Sinne der unterlegten Hypothese des PüG-Projektes – weniger auf ideologische denn vielmehr personenorientierte Aspekte abhebt. Es wird darüber hinaus auch das Erfordernis von **mehr Grundlagenforschung** gesehen, um den Linksextremismus, wie er sich heutzutage darstellt, besser zu durchdringen.

## 4 Optimierungspotential – Impulse aus der Praxis

Im Rahmen der hier dargestellten Erhebung von Expertenmeinungen wurde deutlich, dass mangels struktureller Anbindung oder entsprechender Fachexpertise seitens anderer Stellen derzeit viele Aufgaben von Präventionsmaßnahmen kompensiert bzw. mit übernommen werden müssen. Insbesondere mit Blick auf die **psychologische bzw. psychiatrische Betreuung** bedarf es dringend des Einbezugs entsprechender Fachexpertise – die offensichtlich bestehende Zurückhaltung seitens Psychologen und Psychiatern, sich diesem Phänomenfeld zu öffnen, wird als hinderlich wahrgenommen. Eklatante Herausforderungen wurden hier sowohl für den Rechts- und Linksextremismus- als auch die Islamismusprävention deutlich. Neben den Ursachen von Radikalisierung und den Gründen für die dauerhafte Anbindung an die jeweiligen Szenen machten auch in den extremistischen Umfeldern erlebte traumatische Erfahrungen (z.B. im Zusammenhang mit Auslandsaufenthalten oder Beteiligung an Kriegsgeschehen), eine fachkompetente psychologische (z. T. auch psychiatrische) Betreuung nötig.

Eine stärkere **Verantwortungsübernahme** ist darüber hinaus vor allem durch Bildungsträger (**Schulen**) zu gewährleisten, denen es zumeist an geeigneten Strukturen zur Umsetzung des Erziehungsauftrags fehle (z. B. Schulsozialarbeit, SchulpsychologInnen, offene Schulen als sozialer Treffpunkt in den Ferien, außerschulische Jugendarbeit im Hort). Außerdem gelänge es hierdurch besser, das in Multiplikatoren- und Expertenschulungen vermittelte Wissen auch breitflächig und nachhaltig im schulischen Wirkbetrieb umzusetzen.

Aus Sicht der befragten Experten mangelt es einem Teil der Lehrkräfte heutzutage an der Offenheit und/oder wie auch immer begründeten Bereitschaft, sich mit den persönlichen Hintergründen ihrer SchülerInnen zu befassen – einige lehnen dies gar explizit ab. Schule müsse wieder stärker als Ansprechpartner für junge Menschen fungieren, die heutzutage einen großen Teil ihrer Zeit in Bildungseinrichtungen verbringen. Mehr Raum und Zeit für tagespolitisches Geschehen und Dinge, die Schüler bewegen sowie eine bundesweit gewährleistete **Frühförderung**, die bereits im Kindergartenalter ansetzt, sind aus Sicht der Experten unabdingbar, um langfristig junge Menschen zu stärken und präventiv zu erreichen.

Hierzu gehöre auch eine stärkere **Qualifikation pädagogischen Fachpersonals** (z.B. Familienhelfer, Lehrpersonal) sowie **JVA-Personals** nicht nur in Form von Multiplikatorenschulungen, sondern im Sinne verstetigter Fortbildungen für alle. Dies sollte idealerweise bereits in der Ausbildung beginnen, um den Herausforderungen des beruflichen Alltags gewachsen zu sein. Hierzu gehöre die Förderung interkultureller Kompetenzen ebenso wie – im schulischen Bereich – die Befähigung zur Biographiearbeit, d.h. einem besseren Verständnis biographischer Entwicklungen, altersphasentypischer Entwicklungsprobleme und der Lebenswelten Jugendlicher und Heranwachsender.

Auch die **außerschulische Sozialarbeit** muss aus Sicht der Experten gestärkt und niedrigschwellige Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche verstärkt gefördert werden. Ein Mangel an alternativen Freizeitangeboten spiele extremistischen Gruppen in die Hände, die

diese Lücke gezielt ausnutzen, indem sie mit interessanten Freizeitangeboten locken, die auf die emotionalen Bedürfnislagen junger Menschen abgestimmt seien.

Aber nicht nur der Bildungs- und Erziehungssektor sondern auch **muslimische Gemeinschaften** müssen stärker zur Übernahme von mehr Verantwortung motiviert werden. Hier mangle es einerseits an **sozialer Arbeit**, die sich gezielt um die Belange muslimischer Jugendlicher kümmert und andererseits oftmals auch an Deutschsprachkenntnissen, um gefährdete oder im Radikalisierungsprozess befindliche Menschen entsprechend aufzufangen und zu begleiten. Es müsse deutlicher gemacht werden, welche zentrale Rolle und Bedeutung den gemäßigten Moscheegemeinden im Rahmen von Prävention und bei der Reintegration auffälliger Jugendlicher zukommt und auf eine stärkere Zusammenarbeit mit Präventionsakteuren hingewirkt werden.

Im Sinne eines ganzheitlichen, gesamtgesellschaftlich getragenen Ansatzes müssen **Zusammenarbeit und Austausch** generell, vor allem **zwischen unterschiedlichen Ressorts sowie zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Trägern**, weiter vereinfacht und ausgebaut werden. Hier gälte es, klare Rollenzuweisungen vorzunehmen und mehr Anerkennung und Respekt für die je eigenen Zuständigkeitsbereiche zu entwickeln. Gemäß den Erfahrungen der Experten führe in erster Linie eine faktische und tatsächliche Zusammenarbeit zu einer tragfähigen und auf gegenseitigem Vertrauen aufbauende Beziehung (z. B. Runde Tische, Fallkonferenzen). Eine engere Kooperation trage auch dazu bei, Lücken zu identifizieren, die Sicherheitsrelevanz zu erörtern und Doppelarbeit zu vermeiden.

Zur allgemeinen Verbesserung der Situation der Extremismusprävention sei es auch wichtig, ein **besseres Image** anzustreben. Aktuell unterlägen insbesondere selektive und indizierte Prävention dem Vorwurf einer Art Täterloyalität, wodurch die Arbeit häufig erschwert werde. Im Rahmen der Ausstiegsarbeit wünschten sich die Mitarbeiter mehr Medienpräsenz und klarere öffentliche Profile, so dass Ausstiegswilligen die Wahl für ein bestimmtes Programm leichter fiele. So bevorzuge der eine beispielsweise ein staatliches Programm, wohingegen der andere mit dem Staat lieber nichts zu tun haben möchte. Wichtig sei jedoch vor allem, den Bekanntheitsgrad von Aussteigerprogrammen zu erhöhen, da eine Zusammenarbeit mit anderen Stellen teilweise immer noch durch die Unwissenheit der dortigen Mitarbeiter behindert werde.

„Ich sag jetzt mal Jobcenter. Wenn du da vorsprichst und zeigst deinen Dienstausweis und erklärst, was du so machst, dann kommt: ‚Was machen Sie? Aussteiger? Hab‘ ich noch nie gehört.‘“ (EXP009)

Die in den Interviews geschilderten Erfahrungen verdeutlichen, dass im Rahmen **polizeilicher Präventionsarbeit** der Einbezug sozialpädagogischer Konzepte und Praktiken nicht wegzudenken ist, um eine erfolgsversprechende Präventionsarbeit umzusetzen. Hier wünschten sich die Mitarbeiter allgemein mehr Akzeptanz gegenüber den eingesetzten Methoden seitens Vorgesetzter und Behörden. Auch eine Zusammenarbeit mit anderen Ressorts und vor allem auch ein präventiv-praktisches Agieren in anderen ressortbezogenen Zuständigkeitsbereichen (z. B. einen Vortrag in der Schule halten) sollte vereinfacht und nicht immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden.



Die **kreative und innovative Generierung und Vermittlung von Präventionsinhalten** sollte gefördert und nicht ausgebremst werden. Denn nur so kann gewährleistet werden, dass die in erster Linie junge Zielgruppe erreicht und ein präventiver Erfolg erzielt wird:

„Da darf natürlich nirgendwo BKA drauf stehen und kein Bundesadler, sonst können wir das gleich vergessen [...] Es gibt ja durchaus einige wenige, es gibt so einen Aussteiger [...], der tatsächlich sehr genau über seine Geschichte unter Radikalen und seinen eigenen Islamismus, den er sich angeeignet hatte, berichtet und der heute, dieses ganze schlechte, was der erlebt hat auf YouTube darbietet. [...] Solchen Leute müsste man viel mehr haben oder gewinnen oder wie auch immer.“<sup>4</sup> (EXP006)

Im Gegensatz zu den staatlichen sind zivilgesellschaftliche Akteure in aller Regel immer wieder mit dem Problem der mangelnden (**Kontinuität der Finanzierung**) ihrer Arbeit konfrontiert. Der Modellprojektcharakter und die zeitliche Begrenzung von Förderprogrammen erlauben oft keine langfristige Planbarkeit oder Verstetigung. Darüber hinaus ist die Sicherung der Finanzierung der Angebote mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden (etwa für Förderanträge, Sachstandsberichte u. ä.) – Kreativität und ehrenamtliches Engagement sind hier notwendige ‚Komplementär-Ressourcen‘, um Finanzierungsprobleme zu lösen.

„Wir hatten zwischendrin mal ein Jahr, da hatten wir gar keine Förderung, da haben wir das ehrenamtlich gemacht, da hatten wir, da war der Gerichtspräsident des Amtsgerichts in der Aufführung [*gemeint ist eine öffentliche Aufführung des Projekts*, Anm. d. Autoren] und hat am nächsten Tag irgendeinen Wirtschaftsprozess gehabt und hat den Verurteilten zu 7000 € Strafe an uns zu zahlen verurteilt. Das fand ich eigentlich dann perfekt als Finanzierungsmodell.“ (EXP002)

Unstetige Finanzungsverhältnisse bergen zudem im Einzelfall immer wieder das Risiko, dass der Interventionserfolg stark gefährdet ist, wie folgendes Zitat illustriert:

„Zum Jahresende werden die Anträge gestellt. Oft liegt dann zum Jahreswechsel noch keine Entscheidung vor, welche Anträge bewilligt werden. Ich kann dann nicht weiter planen mit den Jugendlichen und das ist dann ein riesen Problem, wenn z.B. ein Jugendlicher über den Jahreswechsel wieder in eine schwierige Situation gekommen ist und wir nicht zur Verfügung stehen. Das ist einfach faktisch so.“ (EXP007)

Die notwendige Befristung von Stellen geht für die Einrichtungen immer wieder auch mit dem Problem einher, einen Umbruch bewältigen zu müssen und zugleich Erfahrungswissen sowie Expertise zu verlieren. Durch Fördermittel aus dem Kinder- und Jugendhilfetat mangels spezialgesetzlicher Regelung für die Finanzierung von Extremismusprävention – auch für Erwachsene – entsteht darüber hinaus eine prekäre, kontraproduktive Situation, da Kinder- und Jugendhilfemaßnahmen, die an den Ursachen für Radikalisierung ansetzen (ohne, dass dies explizit benannt wird), dann finanziell beschnitten werden. Dieser Umstand wurde, neben der hier dargestellten Befragung, auch im Rahmen zweier, durch die *Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE)* des Bundeskriminalamts in 2015 und 2016 durchgeführte Expertenworkshops zum Thema Extremismusprävention deutlich.

---

<sup>4</sup> So auch das Credo des Vortrags von Georg Mascolo (2015), Leiter des Rechercheverbundes NDR, WDR und Süddeutsche Zeitung, bei der BKA-Herbsttagung 2015 in der er sich u.a. auf Bundesinnenminister De Maiziére und den Leiter des Londoner King's College Peter Neumann beruft.

In der Gesamtschau wird deutlich, dass eine gesicherte und **vorausschauend planbare Finanzierung** von Maßnahmen **erfolgskritisch** bzw. ein Garant dafür ist, Qualitätsstandards halten zu können, einzelfallbezogene Maßnahmen verantwortlich abschließen und Extremismusprävention insgesamt nachhaltig verstetigen zu können.

## 5 Prävention der Zukunft

Die hier dokumentierte Expertenbefragung unterstreicht die vielfach zitierten Erfordernisse zu ganzheitlichem Handeln und **gesamtgesellschaftlicher Verantwortungsübernahme** im Rahmen der Extremismusprävention. Auch wird deutlich, dass es vielerlei von den unterschiedlichen Präventionsakteuren zu schließende Lücken gibt. Die zielführende Adressierung dieser Lücken im Profil der Extremismusprävention erfordert ganz wesentlich den Einbezug weiterer, über den unmittelbaren Phänomenbereich Extremismus hinausgehender Expertise und ein stetig weiter zu entwickelndes ressortübergreifendes, auf gesamtgesellschaftliche Belange ausgerichtetes Denken und Handeln.

Ganz konkret ist hier zunächst eine **stärkere thematische Befassung mit dem Thema Extremismus seitens Psychologen und Psychiatern** wünschenswert. Ferner sind **sozialpädagogische Strukturen in Schulen und muslimischen Gemeinschaften aufzubauen**, um sich den (außerschulischen) Belangen von Kindern und Jugendlichen souveräner und authentischer – d.h. hier stärker und unmittelbarer an den Lebenswelten bzw. –wirklichkeiten der Zielgruppen orientiert – stellen zu können. Auch bedarf es einer Stärkung der außerschulischen Sozialarbeit, um **alternative Freizeitangebote für junge Menschen** zu schaffen und das Feld nicht sehenden Auges extremistischen Gruppierungen zu überlassen, die mit interessanten und auf die emotionalen Bedürfnislagen Jugendlicher ausgerichteter Angebote locken.

Das **Neben- und Miteinander staatlicher und zivilgesellschaftlicher Stellen** macht die **Besonderheit des Angebots hierzulande** aus und bietet ein breites Portfolio an Maßnahmen, die sich an unterschiedliche Zielgruppen auf Grundlage einer ausgesprochenen **Einzelfallorientierung** richten. Dieses ist Garant für eine erfolgreiche Präventionsarbeit. Eine **Vereinfachung und Förderung von Kooperationen** – auch zwischen unterschiedlichen Ressorts – sowie die Regelung von Zuständigkeiten zur Vermeidung von Mehrfachstrukturen bei klarer horizontaler und vertikaler Aufgabenteilung könnte hier weitere Entwicklungs- und Verbesserungspotentiale freisetzen. Die **Gefahr eines Outsourcen des Risiko-Managements**<sup>5</sup> seitens des Staates sollte insbesondere angesichts der Sensibilität des Handlungsfeldes dringend vermieden werden und stattdessen im Sinne einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme zusammen mit zivilgesellschaftlichen Trägern agiert werden. Nur so ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und Vernetzung ‚auf Augenhöhe‘ der zahlreichen und vielfältigen Präventionsprogramme – von universeller Prävention bis hin zur Deradikalisierungsarbeit – staatlicher (z. B. Polizei, Nachrichtendienst, Justiz, Schule, Arbeitsamt) und zivilgesellschaftlicher Akteure (z. B. gemäßigte Moscheevereine, Sportvereine, Vereine in der Bildungs- und Jugendarbeit) zu garantieren. Dies wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass **Best-Practice-Erfahrungen und Evaluationsergebnisse offen ausgetauscht** und so effizient für die Weiterentwicklung von Präventionsmaßnahmen von allen Akteuren in diesem herausfor-

---

<sup>5</sup> Gemeint ist eine zunehmende Überführung von staatlicherseits wahrgenommenen Aufgaben auf zivilgesellschaftliche Träger i. S. eines Weiterdelegierens von Verantwortung.

dernden Feld genutzt werden können. Dabei wären auch eine **stärkere Lösung des Extremismusbegriffs von der Ideologie** und die bewusste Wahl dialogfördernder Begriffe hilfreich.

Um Extremismusprävention auch in Zukunft nachhaltig und qualitativ hochwertig fortsetzen und weiterentwickeln zu können, ist eine **dauerhaft gesicherte Finanzierung nötig**. Dies gilt insbesondere für die Arbeitsfelder selektiver und vor allem indizierter Prävention. Vor allem wenn Maßnahmen auf die Initiierung und Begleitung von ‚Ausstiegs-, bzw. ‚Distanzierungsprozessen‘ ausgerichtet sind, ist hier angesichts der in aller Regel gegebenen Langfristigkeit derartiger Prozesse auch eine langfristige Finanzierung solcher (Interventions-)Maßnahmen zu gewährleisten.

Ebenso nötig ist die **Weiterentwicklung einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortungsübernahme**, die über das unmittelbare Handlungsfeld extremismusspezifischer Angebote hinausreicht: Ein Werben für ein tolerantes Miteinander in einem pluralen politischen und gesellschaftlichen Umfeld, z. B. im Rahmen von Predigten oder im Sport, bedarf nicht zwingend einer finanziellen Förderung. Vielmehr sollte dies im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung und mit Blick auf die in Deutschland Heranwachsenden grundlegender Bestandteil der Diskurskultur in den unterschiedlichsten Sozialisationsinstanzen sein – beginnend in der Vorschulerziehung über das gesamte Schulsystem bis hin zu den diversen Trägern und Akteuren in der Jugendhilfe.

Insgesamt sollte insbesondere im Bereich der universellen Prävention der Fokus weniger auf eine Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen der unterschiedlichen Extremismen gerichtet werden, als eine stärkere Betonung dessen erfolgen, wofür eingestanden wird (allen voran Demokratieförderung und Toleranz gegenüber Andersartigkeit). Dies kann durchaus von evidenzbasierten, authentischen, d.h. **an den Lebenswelten der Jugendlichen ansetzenden sog. Counter-Narratives**, flankiert werden. Handlungspraktisch sollte dies vor allem genau dort umgesetzt werden, wo Jugendliche sich heute ‚natürlicherweise‘ bewegen und zwar höchst mobil über Smartphones und Tablets im virtuellen Raum des Internets sowie dessen sozialen Medien. Eine **stärkere Besetzung des sozial-technischen Raums des Internets in der Extremismusprävention** ist geboten, weil soziale Online-Netzwerke immer mehr an Bedeutung gewinnen, wenn es um die Verbreitung von Propaganda oder die Rekrutierung von Jugendlichen geht (vgl. Kampf & Spinrath, 2017). Über die Nutzung sozialer Medien-Kanäle ergeben sich Möglichkeiten, auch Zielgruppen zu erreichen, die durch eine rein „passive“ Verbreitung solcher Botschaften (z. B. über entsprechende Webseiten) nicht angesprochen werden. Aber auch „passive“ Counter-Narratives, auf die der Internetnutzer etwa als Google-Treffer auf den vordersten Suchergebnisseiten stößt, sind wichtig, um nicht extremistischer Propaganda das Feld des Internets allein zu überlassen. Dies gilt insbesondere dann, wenn entsprechende Suchanfragen aus einer kritischen Lebenssituation des Internetnutzers heraus geschehen, in der simplifizierende, schwarz-weiß-zeichnende Antworten extremistischer Gruppierungen möglicherweise verlockend erscheinen.

Mit Blick auf die Bedeutung des Internets im Radikalisierungsgeschehen ist die **Vermittlung von Medienkompetenz** zu stärken, um (insbesondere junge) Internetnutzer zu befähigen, extremistische Propaganda erkennen und dekonstruieren zu können. Dadurch kann ganz allgemein deren Resilienz gegen jeglichen Extremismus – online und offline – gestärkt werden. Ergänzend hierzu sollten außerhalb medialer Kontexte, wie etwa in Schulen, allgemein **lebensweltliche Interessen und Problemlagen junger Menschen stärker wieder aufgegriffen** werden, um so auch in realweltlichen, unmittelbaren sozialen Interaktionen auf der Grundlage direkter Face-to-face-Kommunikation gegenüber der Medien-/Internetwelt alternative Sichten auf die Welt zu vermitteln.

Das **Fachpersonal**, welches in mittelbar für das Feld der Extremismusprävention relevanten gesellschaftlichen Institutionen (z. B. Lehrkräfte, Familienhelfer, Imame, Justizvollzugspersonal, Polizei) tätig ist, **muss stärker** im Kontext der zunehmenden Herausforderungen einer sich aktuell zunehmend polarisierenden und damit in Teilen radikalierenden Gesellschaft **geschult werden**. Inwieweit hier das derzeit vornehmlich in der Praxis eingesetzte Multiplikatorenkonzept mittel- und vor allem langfristig tragfähig ist, sollte auf den Prüfstand gestellt werden – insbesondere für den Schulbereich wäre über Sensibilisierungsmaßnahmen im Sinne einer „Fortbildung für alle“ nachzudenken.

**Polizeidienststellen**, insbesondere in Regionen erhöhten Aufkommens Politisch motivierter Kriminalität (PMK), sollten sich im Sinne des **Community Policing** mit wichtigen lokalen – staatlich-öffentlichen (z. B. Schule, Bürgermeister, Jugendamt, Sozial-, Ausländerbehörden, Bewährungshilfe) sowie zivilgesellschaftlichen (z. B. Sucht-, Schuldnerberatung, Einrichtungen der psychologischen Betreuung, Vereine, Imame, Pressevertreter, aber auch einflussreichen Persönlichkeiten lokaler Communities) – Strukturen vernetzen. Nur so ist eine hinreichend tragfähige **Vertrauensbasis** zu schaffen, um in einem auf Gegenseitigkeit beruhenden, kooperativen Verhältnis einerseits polizeiliche Sachverhalte an die Netzwerkpartner zur gezielten Steuerung von präventiver Hilfestellung herantragen zu können und andererseits auch frühzeitig Kenntnis von polizeilich relevanten Vorgängen zu erlangen. Auch **Mitarbeiter auf Seiten der Polizei bedürfen spezieller Fortbildungsangebote**, beispielsweise zur Erlangung von interkultureller und interreligiöser Kompetenz, um Gespräche auf Augenhöhe führen und Vertrauen aufbauen zu können. Nur so gelingt es, vor allem in schwer zugänglichen Milieus entsprechende vertrauensbildende Grundlagen bzw. konkrete Kommunikationskanäle zu etablieren. Gleichzeitig sollte **Polizei regelmäßige Sensibilisierungs- und Austauschrunden für die Netzwerkpartner anbieten**, um Handlungssicherheit bei diesen zu erreichen, indem beispielsweise aufkommende Ängste im Kontakt mit möglicherweise radikalisierten Personen adressiert werden und sich geeignete Meldewege und Austauschkanäle etablieren können.

Polizei sollte wieder stärker als Gesprächspartner für Jugendliche zur Verfügung stehen (Stichwort: **Polizei zum Anfassen**). Hierzu bedarf es aber zunächst ins Gespräch zu kommen, offen aufzutreten und Vertrauen aufzubauen. Nur so gelingt es, kooperativ Denkanreize zu setzen oder symbolträchtige Aktionen gemeinsam umzusetzen, die bei Jugendlichen – aber auch Erwachsenen – einen bleibenden Eindruck hinterlassen und das Gefühl vermitteln, mit-

einbezogen worden zu sein (so etwa die Stolpersteinverlegung durch einen der Hamas-nahestehenden Moscheeverein vor deren Moscheegebäude, aus dem während des Dritten Reiches ein jüdisches Geschwisterpaar deportiert wurde). Derartige beeindruckende Maßnahmen wie diese dienen letztlich auch dazu, die **polizeiliche Aufgabenerfüllung im Bereich von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung zu erleichtern** oder im Einzelfall eine weitere Eskalation zu unterbinden und die etwaige Begehung von Straftaten zu vermeiden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich viele der im vorliegenden Bericht dokumentierte Analysen, Beobachtungen und Handlungsempfehlungen so oder in ähnlicher Weise auch im Leitlinienpapier *Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung* (2016) widerspiegeln. Die hier abgebildete Perspektive der Praxis verdeutlicht einmal mehr, dass Extremismusprävention selbst im Kernbereich der indizierten Prävention (Arbeit mit Ausstiegswilligen) nicht nur aus der Zuständigkeit des Innenressorts und als eine vornehmlich sicherheitsbehördliche Aufgabe zu denken ist, sondern als eine **gesamtgesellschaftliche Herausforderung**. Das Bewusstsein hierfür scheint bereits hinreichend ausgebildet und auch in der konkreten Umsetzung sind entsprechende Entwicklungen konkret greifbar – wenngleich noch, wie gesehen, einige Defizite und Verbesserungspotentiale auszumachen sind.

## LITERATURVERZEICHNIS

- CALMBACH M, BORGSTEDT S, BORCHARD I, THOMAS P M, FLAIG B B [2016] Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. SINUS-Milieustudie. Springer Verlag.
- CALMBACH M, THOMAS P M, BORCHARD I, FLAIG B B [2012] Wie ticken Jugendliche? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. SINUS-Milieustudie. Verlag Haus Altenberg.
- EILERS F, GRUBER F, KEMMESIES U [2015] Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PüG). Modul II - Literaturanalyse. Bundeskriminalamt (Hg.).
- GRUBER F, LÜTZINGER S, KEMMESIES U [2017] Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft. Modulabschlussbericht. Bundeskriminalamt (Hg.).
- GRUBER F, LÜTZINGER S, KEMMESIES U [2016] Extremismusprävention in Deutschland – Erhebung und Darstellung der Präventionslandschaft. Schwerpunktdarstellung Präventionsprojekte in staatlicher Trägerschaft (2014/2015). Bundeskriminalamt (Hg.).
- HOFFMANN K D [2013] Terra Incognita. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (Hg.). Quelle: <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/ Gefahren-von-links/terra-incognita>
- JOHNSON S, LI J, KENDALL G, STRAZDINS L, JACOBY P [2013] Mother's and Father's Work Hours, Child Gender and Behavior in Middle Childhood. *Journal of Marriage and Family*, 75, S. 56-74. DOI: 10.1111/j.1741-3737.2012.01030.x
- MEIER B-D [2010] *Kriminologie*, 4. Auflage. München, §10 Rn. 17.
- MÖLLER K, GROTE J, NOLDE K, SCHUMACHER N [2016] „Die kann ich nicht ab!“ – Ablehnung, Diskriminierung und Gewalt bei Jugendlichen in der (Post-) Migrationsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS Verlag.
- MÜLLER J [1997] Täterprofile. Hintergründe rechtsextremistisch motivierter Gewalt. Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden.
- OERTER R, MONTADA L [2002] *Entwicklungspsychologie*. 5., vollst. überarb. Aufl. Beltz.
- OLSEN J A [2009] Roads to Militant Radicalisation – Interviews With Five Former Perpetrators of Politically Motivated Organized Violence. Danish Institute for International Studies (DIIS), Copenhagen.
- RINGBÄCK WEITTOFT G, HJERN A, HAGLUND B, ROSEN M [2003] Mortality, severe morbidity, and injury in children living with single parents in Sweden: a population-based study. In: *Lancet* 361, 2003, S. 289-295.

TAARNBY M [2003] Profiling Islamic Suicide Terrorists. A Research Report for the Danish Ministry of Justice. University of Aarhus.

WALLERSTEIN J S, LEWIS J M, BLAKESLEE S [2002] Scheidungsfolgen – Die Kinder tragen die Last. Eine Langzeitstudie über 25 Jahre. Beltz, Weinheim.

WITZEL A [1982] Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen. Campus-Verlag, Frankfurt am Main.

## **WEITERE QUELLEN**

### **BRANDENBURGISCHE LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG**

Gefahr von Links? [2016]

<http://www.politische-bildung-brandenburg.de/node/8418> (26. 04.2017)

### **BUNDESKRIMINALAMT**

MASCOLO G [2015] Der Weg heraus – eine Aussteiger Geschichte. Beitrag im Rahmen der BKA-Herbsttagung „Internationaler Terrorismus: Wie können Prävention und Repression Schritt halten? 18.-19. November 2015 in Mainz.

[https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Herbsttagungen/2015/herbsttagung2015MascoloLangfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Herbsttagungen/2015/herbsttagung2015MascoloLangfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=1) (28.02.2017)

### **BUNDESREGIERUNG**

Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung [2016]

[https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BMFSFJ/Strategie-der-Bundesregierung-zur-Extremismuspraevention-und-Demokratiefoerderung\\_226682.html](https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BMFSFJ/Strategie-der-Bundesregierung-zur-Extremismuspraevention-und-Demokratiefoerderung_226682.html)  
(23.03.2017)

### **DEUTSCHES INSTITUT FUER JUGEND UND GESELLSCHAFT**

FRANZ M [o. A.] Wenn der Vater fehlt.

<http://www.dijg.de/ehe-familie/forschung-kinder/vater-bezug> (23.03.2017)

### **TAGESSCHAU**

KAMPF L, SPINRATH A [2017]

„Mentoren“ des IS-Terrors. „Mach, was dich glücklich macht“.

<http://www.tagesschau.de/inland/is-terror-anwerber-101.html> (28.02.2017)



# Anhang A – Erhebungsinstrumente

## Expertenbefragung PüG – Interviewleitfaden MODUL IV

Organisation		
Ansprechpartner		
Tätigkeit		seit
Eingegliedert in LAP?		
Datum/Uhrzeit		

**Kurzerklärung: Wahl der Experten; Hinweis auf Aufnahme, Datenschutz und Anonymität; Kurzinformation zu Ziel und Aufbau PüG (insbesondere Präventionslandschaftserhebung erläutern).**

### Hintergrundinformation über den Befragungsteilnehmer (4 Fragen)

1. Können Sie zu Beginn bitte kurz ihre Tätigkeit bzw. ihr Aufgabenfeld darstellen? Was machen Sie konkret?
  - 1a) Haben Sie eventuell ein ganz typisches Fallbeispiel im Kopf, an dem Sie das mal (anonym) darstellen können?
  - 1b) Was ist das konkrete Ziel, was sie mit ihrer Arbeit erreichen wollen? (Haben sie vielleicht einen Fall in Erinnerung zu dem sie sagen würden „Ja, also da hat unsere Arbeit richtig gut funktioniert!“)
  - 1c) Es gibt ja keinen eigenen Etat für „Extremismusprävention“ – wie finanzieren Sie sich?

### Radikalisierung und Rolle der Ideologie (3 Fragen)

2. Was sind aus ihrer Erfahrung heraus die Ursachen oder Bedingungen für Radikalisierung – warum radikalisiert sich Menschen?
3. Was ist aus ihrer Sicht das Wichtigste im Umgang mit Radikalisierten?
4. Was beobachten Sie diesbezüglich in ihrer Arbeitspraxis - also über den Zusammenhang zwischen Radikalisierung und der Ideologie?

Ggf. Konfrontation:

Zentrales Ergebnis aus der Literaturanalyse:

*„Der Ideologie kommt offenbar eher die Bedeutung eines gruppenbildenden Stilmittels bzw. ‚Jargons‘ zu, die primär dazu dienen, sich gegenseitig zu erkennen und vor allem die eigene Gruppe gegenüber anderen Gruppen abzugrenzen. Sie dient gleichermaßen auch der Konstruktion der eigenen Identität [...] (etwa: Symbole, Kleidungsstil, Musik, Rituale, Vorstellung von Gut und Böse), in deren Rahmen das Individuum sich verorten und seinen Platz einnehmen kann (Olson 2009, 40 f.)“*

*(auch: Legitimation von Straftaten, zeitweise handlungsleitend im Kontext der Gruppe)*

Bitte um Stellungnahme!

### **Entwicklungsmöglichkeiten/Optimierungspotential (5 Fragen)**

5. Wo sehen sie Entwicklungs-/Verbesserungspotentiale in der Präventionsarbeit? Also für ihren konkreten Bereich, aber auch allgemein.

6. In unserer Untersuchung haben wir festgestellt, dass ...

*a) das Verhältnis zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Projekten vom Bedarf her sehr gut miteinander im Einklang steht.*

Wie erleben Sie das in der Praxis – wie ergänzen sich staatliche und zivilgesellschaftliche Angebote in ihrem direkten Arbeitsfeld?

Wie erleben sie die Zusammenarbeit?

*b) der Anteil an linkspräventiven Maßnahmen extrem im Widerspruch zum tatsächlichen Gewalt-Tataufkommen steht (G-Rechts 1.029 – G-Links 1.664)*

Woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Wie sehen Sie den tatsächlichen Bedarf an Prävention im Bereich von Linksextremismus?

*c) es mit der Durchführung von Evaluationen eher dürftig aussieht bzw. Ergebnisse, wenn dann nicht in adäquater Form an die Öffentlichkeit gelangen.*

Wie erleben Sie das? Woran liegt das Ihrer Meinung nach?

*d) ein sehr großer Anteil der staatlich bzw. finanziellen Förderung in Experten-/und Multiplikatorenschulungen investiert wird.*

Wie schätzen Sie die Bedeutung solcher Schulungen im Kontext der Extremismusprävention ein? Was sollte Ihrer Meinung nach unbedingt dort adressiert werden?

### **Übertragbarkeit des Ansatzes (1 Frage)**

7. Was schätzen sie ein würde passieren, wenn sie mit ihrem gewöhnlichen Ansatz morgen mit einer anderen Zielgruppe arbeiten würden – würde das funktionieren?

### **Identifikation & Definitionen (2 Fragen)**

8. Wie stehen Sie zu dem Begriff „Extremismusprävention“ im Zusammenhang mit ihrem Tätigkeitsfeld?
9. Was stellen Sie sich unter dem Begriff „phänomenübergreifend“ im Kontext von Extremismusprävention vor?

### **Sonstiges (1 Frage)**

10. Gibt es etwas Wichtiges, das wir noch vergessen haben?

## Kurzeinschätzungsbogen für Experten (PüG Modul IV)

Wie stark gehen Sie in ihrer Arbeit auf die folgenden Themen ein / Die Schwerpunkte meiner Arbeitspraxis lassen sich wie folgt einschätzen...

Ideologische Aspekte

stark          gering

Gruppendynamische Prozesse

stark          gering

Personenbezogene Eigenschaften (z. B. Identitätsprobleme, Rechtstreue)

stark          gering

(Aus-)Bildung

wenig          stark

Unterstützung (auch Vermittlung) bzgl. geregelter Tätigkeit

stark          gering

Unterstützung (auch Vermittlung) bzgl. Alkohol-/Drogenkonsum

stark          gering

Unterstützung (auch Vermittlung) i. Z. m. problematischen Familienverhältnissen

wenig          stark

Identitäts-/Anerkennungs-/Statusprobleme

wenig          stark

Konflikte mit Polizei/Sicherheitsbehörden/Gesetz

wenig          stark

Unterstützung i. Z. m. Bewältigung von Lebenskrisen-/Entwicklungsstress

wenig          stark

Hilfen zur besseren Strukturierung der Freizeit

wenig          stark

Religiöse Themen

wenig          stark

Politische Themen

wenig          stark

Unterstützung i. Z. m. Diskriminierungs-/Viktimisierungserfahrungen

häufig          kaum

Aktuelle Flüchtlingsbewegung

häufig          kaum

**Bitte schätzen sie folgende Aspekte hinsichtlich ihrer Zielgruppe ein!**

**Bei typischen Klienten von mir ...**

... ist die Verfestigung der extremistischen Ideologie

hoch          gering

...ist der Zusammenhang zwischen Ideologie und Straftaten

hoch          gering

... der Einfluss gruppenspezifischer Prozesse

gering          hoch

... liegen problematische personenbezogene Eigenschaften vor  
(z. B. Identitätsprobleme, mangelndes Rechtsverständnis)

ja          nein

... das Bildungsniveau

gering          hoch

... die Tätigkeit der nachgegangen wird

geregelt          nicht geregelt

... der Konsum von Alkohol/ Drogen

bedenklich          unauffällig

...ein Zusammenhang zwischen Alkohol/Drogen und Straftaten

vorhanden          nicht vorhanden

## Typische Klienten von mir...

... sind polizeilich bereits in Erscheinung getreten

Ja	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Nein
----	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	------

... wurden bereits staatlich sanktioniert / sind vorbestraft

Ja	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Nein
----	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	------

...stammen aus problematischen Familienverhältnissen

Keiner	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Alle
--------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	------

... fällt das Führen von Beziehungen schwer

Nein	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Ja
------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	----

... weisen Identitäts-/Anerkennungs-/Statusprobleme auf

Niemand	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Alle
---------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	------

... blicken auf biographische Verläufe zurück, die von Lebenskrisen geprägt sind

Alle	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Keiner
------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	--------

... sind eher Einzelgänger

Nein	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Ja
------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	----

...weisen eine problematische Freizeitgestaltung auf (z.B. ziellos, dysfunktional)

häufig	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	nie
--------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----

... messen Religion eine hohe Bedeutung bei

Ja	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Nein
----	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	------

... messen Politik eine hohe Bedeutung bei

Ja	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Nein
----	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	-----------------------	------

...sind /waren Diskriminierungs-/Viktimisierungserfahrungen ausgesetzt

Keiner         Alle

... weisen psychiatrische Auffälligkeiten auf

Ja         Nein



## Anhang B – Codeplan MAXqda

Farbe	Obercode	Code	Codings	Erstellt am	% Codings	Dokumente
●	Arbeitspraxis		33	22.08.2016 11:27:22		
●		Kreativität im Arbeitsalltag	75	22.08.2016 14:03:42	10,18	9
●		Ziel der Arbeit	54	06.10.2016 10:46:12	7,33	8
●	Identifikation Definition					
●		Begriff Extremismusprävention	22	22.08.2016 11:13:43	2,99	7
●		Begriff Phänomenübergreifend	7	22.08.2016 11:14:18	0,95	4
●	Optimierungspotential					
●		Allgemein	64	22.08.2016 11:08:42	8,68	9
●		Evaluationen	21	22.08.2016 11:11:45	2,85	8
●		Experten-/Multischulungen	30	22.08.2016 11:12:27	4,07	6
●		Linkstremismusprävention	4	22.08.2016 11:10:18	0,14	1
●		private Meinung	14	22.08.2016 11:11:04	1,90	
●		fachliche Meinung	72	22.08.2016 11:10:03	9,77	9
●	Zusammenarbeit zivilg. -staatl.					
●	Radikalisierung					
●		Umgang mit Radikalisierten	50	22.08.2016 11:07:03	6,78	9
●		Ursachen und Bedingungen	25	29.09.2016 09:26:24	3,39	7
●		Außenseiterrolle	10	29.09.2016 09:26:10	1,36	3
●		Fehlende Vaterfigur	22	29.09.2016 09:23:46	2,99	7
●		Prekäre Familienverhältnisse	54	22.08.2016 11:07:47	7,33	9
●	Zusammenhang Radikalisierung - Ideologie					
●	Sonstiges					
●		Finanzierung	29	22.08.2016 11:04:35	3,93	9
●		Psychiatrische Auffälligkeiten	31	22.08.2016 11:17:45	4,21	9
●		Signalgeber	21	06.10.2016 10:38:17	2,85	7
●		Themenfeld Schule	46	22.08.2016 11:09:18	6,24	6